

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonnabend morgens und am Montag Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettwitzerstrasse No. 4) und auswärtig bei allen Königl. Post-Ausstalten angenommen.

Danziger Zeitung



Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Gr. Auswärts 1 Thlr. 20 Gr.
Inserate nehmen an: in Berlin: A. Heyne, in Leipzig: Eugen
Hort, H. Engler in Hamburg, Haefenstein & Vogler, in Frank-
furt a. M. Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchdruckerei.

Beitrag

Natürliche Nachrichten.

Se. Maj. der König haben Allergrädigst geruht: Dem Kreisgerichtsrath König zu Wriezen und dem Geh. Rechn. Rath Lefse bei der Generalintendantur der K. Schauspiele den Rother Adlerorden 3. Klasse mit der Schleife; dem Gymnasial-Oberlehrer Dr. Preßel zu Emden und dem Schriftsteller Ferdinand Hey, genannt Hey'l, zu Wiesbaden den K. Kronenorden 4. Klasse, so wie dem Stadtforster Schlacht zu Bleicherode und dem Schullehrer Hensel zu Kl. Garz das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen. Den vorliegenden Rath im Justizministerium, Geh. Justizrat Dr. Pape, zum Geh. Oberjustizrat, und den App.-Ger. Rath Ehren. v. Glaubitz aus Breslau zum Geh. Justizrat und vortrag. Rath im Justizministerium; sowie den Kaufmann Ferdinand Willius in St. Paul (Minnesota) zum Consul dasselbst zu ernennen.

Der Eisenbahnbauinspector Brandhoff in Elberfeld ist zum Eisenbahn-Oberbetriebsinspector bei der Bergisch-Märkischen Eisenbahn ernannt und bestellt worden.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angestammte 1 Uhr Nachmittags.

London, 10. Aug. Nachrichten aus Newyork vom 30. Juli zufolge sind jämmerliche ehemalige kaiserliche Präfekten in Mexico auf 6 Jahre verbannt. Die Vermögensentziehungen haben begonnen. Lopez, der Verräther Maximilians, ist wegen früherer Vergehen dem Kriegsgerichte überwiesen worden.

(W.T.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 9. August. Die "Wiener Abendpost" teilt ein von der österreichischen Botschaft in Rom nach Wien gesandtes Telegramm mit, nach welchem die Königin Maria Theresa, Wittwe des Königs Ferdinand II. von Neapel, gestern Abends in Albano an der Cholera gestorben ist. Die Prinzessin Maria Pia und der Prinz Gennaro (Graf von Caltagirone) sind von derselben Krankheit besessen. Letzterer befindet sich auf dem Wege der Besserung.

Wien, 9. August. Die "Wiener Corresp." meldet: Der kaiserliche Botschafter in Rom, Baron Hübler, hat sich in Folge besonderer Berufung von Rom direct nach Wien begeben. Dem Beruhmen nach werden die diesseitigen Gesandten in Brüssel und Bern, die Freiherren Hugel und Menzingen, in den Ruhestand treten. An die Stelle des ersten wird vermutlich der bisherige Gesandte in Madrid, Graf Crivelli, treten; der Gesandtschaftsposten in Bern soll vorläufig durch einen Geschäftsträger versehen werden.

Wien, 8. Aug. (D. R.) Kaiser Napoleon trifft am 18. d. Morgens, in Salzburg ein.

London, 9. August. Aus New-York vom 8. d. M. wird pr. atlantischen Kabel gemeldet: Zwischen dem Präsidenten und dem Kriegsminister Stanton sind Differenzen entstanden, welche möglicherweise den Rücktritt des letzteren zur Folge haben werden.

Paris, 8. August, Abends. Der "Moniteur" meldet: Der Kaiser ist heute Mittag 12 Uhr 40 Minuten nach Chalons abgereist. Die "Patrie" teilt mit, daß die Kaiserin, der kaiserliche Prinz, die Könige von Schweden und Portugal, die Prinzen Karl und Albrecht von Preußen und der Fürst von Hohenzollern den Kaiser bis zum Bahnhofe begleitet haben. Die "Epoque" erfährt aus Rom, daß vielfache neue Verhaftungen stattgefunden haben.

Paris, 9. Aug. Der "Moniteur" meldet: Der Kaiser ist gestern Nachmittag 5 Uhr in Chalons eingetroffen. Das amtliche Organ bestätigt, daß Frankreich von ganz Nieder-Cochinchina Besitz genommen hat.

Petersburg, 9. Aug. Die heutigen Morgenblätter enthalten die Mittheilung von dem Abschluß des Friedens zwischen Russland und Bokhara.

Constantinopel, 8. Aug. Das hier vor Auler liegende preußische Kanonenboot ist nach den Gewässern von Candia abgegangen.

Frankfurt a. M., 9. Aug., Nachm. Fest-Haltung Amerikaner 77, Credit-Actien 171, Steuerfreie Anleihe 47, 1860er Loos 69, 64er Loos 72, National-Anleihe 53, Staatsbahn 219.

Frankfurt a. M., 9. Aug. Adr. Effecten-Societät. Umsätze beschränkt. National-Anleihe 53, Credit-Actien 170, 1860er Loos 69, Steuerfreie Anleihe 47, Staatsbahn 219, Amerikaner 77.

Bien, 9. Aug. Abendblatt. Unbelebt aber fest. Credit-Actien 182, 50, Nordbahn 169, 50, 1860er Loos 86, 40, 1864er Loos 78, 40, Staatsbahn 233, 80, Galizier 223, 25.

London, 9. Aug. Sehr schönes Weiter. — Der Dampfer "Tuba" ist aus New-York in Queenstown eingetroffen. — Aus New-York vom 8. d. M. wird pr. atlantischen Kabel gemeldet: Wechselkurs auf London in Gold 109, Goldgros 40, Bonds 114, Illinois 119, Eriebahn 68, Baumwolle 28, raffiniertes Petroleum in Philadelphia Type weiß 29.

Auslands Credit und seine Handelspolitik.

Der russische Finanzminister Herr v. Neutern hat vor kurzem einen Bericht über die Frage einer Revision des russischen Zolltariffs veröffentlicht und so eben bringen die Zeitungen aller Hauptbörsenplätze der Welt eine Aufforderung desselben Finanzministers zur Beilettigung an einer neuen russischen Anleihe, die in 600,000 Obligationen à 500 Fr. zu 4% Jahreszinsen etwa im Course von 287 untergebracht werden soll und für welche die russische Regierung die Petersburg-Moskauer Bahn verpfändet. Diese beiden Vorgänge ergänzen einander zu einem treffenden Bilde der Anschauungen und Zustände, welche die russische Zolls- und Staatsfinanzwirtschaft beherrschen.

Die russischen Finanzen befinden sich in einer tiefen Herrütung gleich denen Österreichs. Alle Bemühungen, die russische Papierwährung, von der weit über 700 Millionen Rubel circulieren, al pari zu bringen, haben den gewünschten Erfolg nicht gehabt, und der russ. Staatscredit ist so tief gesunken, daß die russ. Regierung sich die eben angegebenen harten Bedingungen nicht schwer fallen läßt, um nur wieder zu wenigen zehner Millionen Rubel verfügbaren Geldes zu kommen. Der Geldmarkt verhält sich trotz der scheinbar gän-

frigen Bedingungen noch spröder gegen diese neue Creditanstrengung wie gegen die jüngsten Lotterianlehen des Hrn. v. Neutern. Die Rechtfertigung dieses Verhaltens kann der russische Finanzminister zum Theil in seinem eigenen Memoire über die russische Zoll- und Handelspolitik, ihrer Ergebnisse und Aussichten nachlesen.

Russland hat mit seinem Zollsysteem von 1822, welches den legalen Handel mit dem Auslaunde so gut wie vernichtet und der Staatskasse die anderwärts bei einigermaßen vernünftiger Politik sehr einträgliche Finanzquellen der Grenzzölle aufs empfindlichste verkümmerte, dagegen den illegalen Schmuggelhandel zu höchster Blüthe brachte, im Jahre 1850 und 1857 "Verbesserungen" vorgenommen. Heute, 10 Jahre nach der letzten großen Revision, überzeugt sich der russ. Finanzminister, daß diese "Verbesserungen" im Ganzen wenig auf sich gehabt haben, daß Russland weiter vorwärts gehen muß, wenn es mit seiner Finanz- und Handelspolitik volkswirtschaftlich und finanziell nicht ganz in die Brüche gerathen soll.

Es war überhaupt eine läbne Idee, von einem Tarif, der hohe Finanz- und Schutzzölle bis zu 187% vom Werthe der Waaren beibehält, der selbst Rohmaterialien und Halbfabrikate für die Industrie, welcher die russ. Regierung die größtmögliche Aufmerksamkeit widmete, empfindlich besteuerte, einen besonders günstigen Einfluß auf die volkswirtschaftliche und finanzielle Entwicklung des Landes zu erwarten, zumal außerdem die meisten andern Belastungen des Verkehrs mit dem Auslaunde nach wie vor beibehalten wurden. Was alle rationelle Förderung dieser ganz verfehlten Politik bisher nicht vermochte, hat ihre natürliche praktische Folge, der zu immer höherer Blüthe gedeihende Schmuggelhandel trotz erhöhter Aufwendungen für die Überwachung der Grenzen zu Wege gebracht. Die russ. Regierung überzeugt sich, daß die hohen Zölle nichts Anderes bewirken, als den Schmuggel desto lohnender zu machen und dadurch zu erweitern, daß in Folge dessen der Schutz der Industrie ein ziemlich illusorischer wird und die Staatskasse mit ihren Zollintroducen selbst in Zukunft um keinen merklichen Schritt vorwärts kommt. Die russ. Regierung will also ihre Schutzzölle ermäßigen, den Tarif vereinfachen, die Abschaffung erleichtern, Land- und Seeefuhr auf gleichen Fuß stellen, die Zölle auf Rohprodukte für die Fabriken herabsetzen. Das sind an sich recht läbliche Vorläufe. In der Ausführung im Einzelnen werden sich aber anders ausnehmen als in Form allgemeiner Grundsätze. Dafür spricht der eine Umstand. Der russ. Finanzminister will Russland soll nach wie vor ein eigenes Handelsgebiet bleiben, welches sich nicht durch irgend welche Beteiligung mit andern Staaten in seiner selbstständigen Zoll- und Handelspolitik behindere. Russland behält also das System des Industriehanges, soweit es nur irgend die nothwendige Rücksicht auf den Schmuggel gestattet, bei, der Luxusverbrauch soll sogar höher als bisher besteuert werden, kurz Russland bleibt bei der alten Zoll- und Handelspolitik, mit welcher fast das ganze übrige Europa mit dem besten Erfolg zu kreuzen begonnen. Nur einige Verbesserungen innerhalb derselben in einzelnen Punkten, die, wie die hohe Besteuerung der Rohprodukte für die Industrie, gar zu widerstinkig und wie die unverhältnismäßige Höhe der Zölle zum Werth der Waaren keine Ausmunterung des Schmuggelhandels sind, sollen vorgenommen werden.

Das Schutzsystem zieht am Markt des Landes. Für Russland hat das der Staatsrat v. Tengoborski nachgewiesen. Die Steuer, welche z. B. die russischen Baumwollwaren-Consumenten an die russischen Baumwollwarenfabrikanten zahlten, betrug von 1824—50 durchschnittlich 17 Millionen Rubel jährlich, im Ganzen 454 Millionen. Um diese Summe blieb der russische Volkstreidhuk rein zurück; dafür, daß es seinen Baumwollfabrikatbedarf im Inlande erzeugte. Ähnliches bewirkten die zahlreichen übrigen geschäftigen Industrien. Unter solchem System kann ein Land an sich unmöglich zu allgemeinem Wohlstand und Reichthum gelangen. Aber es steht ihm noch eine andre Thatache gegenüber, die die Wirkungen dieses Systems in weiterer Folge zeigt. Aug. Jourdier berechnet den jährlichen Ausfall an Ertrag der mit der Landwirtschaft im Zusammenhange stehenden Gewerbe auf über 121 Millionen Silberrubel, der zum Export kommen könnte, der aber gar nicht ergibt wird, weil die Mittel zu rationelleiem und intensiverem Betrieb fehlen. Was die hohen Zölle der russ. Staatskasse entziehen, ist auf 33 Millionen Rubel jährlich veranschlagt worden. Dies geht ihr durch den illegalen Handel verloren.

Ein Land, das gegen seine eigene Wohlstandsentwicklung durch hartnäckiges Festhalten an einem durch die Thatsachen in aller Welt längst verurtheilten Zoll- und Handelsystem wöhnt und seine Finanzquellen selbst mutwillig verstopft, kann unmöglich Credit und Vertrauen bei den Capitalisten des Auslandes genießen, zumal wenn es überhaupt an den Folgen langer schlechter Finanzwirtschaft leidet. Die Fortschritte, welche Russland unter der Regierung Alexanders II. gemacht hat, wird Niemand verkleinern wollen. Russlands geheiliche Entwicklung ist aber nur dann vollkommen gesichert, wenn es sich in allen Stücken den unter den west-europäischen Culturstötern noch vielen schweren Erfahrungen zur Geltung gekommenen Culturgroßdänen anschließt und nur eine solche, baldige und schnelle Entwicklung kann den russischen Credit und Volkswohlstand auf die gewünschte Höhe bringen.

Politische Uebersicht.

Es ist wieder von einem europäischen Congress die Rede. Man schreibt darüber der "Schles. Blg." aus St. Petersburg: "Dass von Paris aus eine Note hier eingegangen, in der die Idee eines Flüsten-Congresses aufs Neue angeregt

und dafür dem russischen Cabinet der Vortritt angeboten, ist hier allgemein bekannt, da man aus der Note und deren Inhalt kein Geheimnis gemacht und sie vielmehr geslassenlich in die Öffentlichkeit zu bringen gesucht hat. Was die Stimmlung über diesen Gegenstand anbetrifft, so herrscht darüber, wie im Allgemeinen über die ganze politische Lage des Bezirks, eine grohe Indifferenz, außer daß die Partei, welche mit der Reise des Kaisers nach Paris unzufrieden war, gewissmaken eine Genehmigung darin finden will, daß Napoleon in Angelegenheiten des Congresses dem Kaiser Alexander den Vortritt zindet. Hinsichtlich der Kriegsbefreiung, die noch vor Kurzem die Gemüter beunruhigten, ist man gegenwärtig ganz ruhig und lebt der Überzeugung, daß der Friede im Westen vorläufig nicht gestört werden wird, weil Frankreich einen Krieg mit Preußen nicht fröhlich beginnen würde und dieses den Krieg nicht suchen werde. Napoleon hat übrigens als Ort der projectirten Zusammenkunft der Fürsten Wien in Boitschlag gebracht, und man vermutet, daß die Reise Napoleons zum Kaiser von Österreich — oder vielmehr den Zeitpunkt dieser Reise von der Auslassung unseres Cabinets über das Project wegen des Congresses abhängig sein dürfte."

Die conservativen Organe besprechen in diesen Tagen sehr lebhaft die Kriegs- und Friedensfrage. Die "Kreuztg." ist der Ansicht, daß Napoleon den Krieg nicht will; es sei nur die Frage, ob er ihn nicht vielleicht über kurz oder lang wollen muß. Die "Beid. Corresp." meint, Napoleon habe darüber noch keinen endgültigen Beschlus gesetzt; er weise eine Reihe von Streitfragen auf und treibe sie bis ganz nahe an den Punkt, wo sie in einen Kriegsfall übergehen. Er suche Preußen ferner zu isoliren. "Je weiter — sagt die "Beid. Corresp." — Frankreich in seinen Rüstungen vorschreitet, desto schärfer wird es voraussichtlich jedes Mal die Frage stellen. Giebt Preußen dann nach, so hat man ihm eine moralische Niederlage beigebracht und feiert auf seine Kosten kleine billige Triumphe."

Der geschäftsführende Ausschuss der national-liberalen Partei in Berlin hat folgendes Schreiben an die Parteigenossen gerichtet:

"Gemäß seinem Rundschreiben vom 29. Juni hat sich der geschäftsführende Ausschuss der national-liberalen Partei von jeder direkten Einwirkung auf die Wahlbewegung der einzelnen Kreise möglichst fern gehalten. Die vielfachen Mittheilungen und Anfragen jedoch, welche uns von politischen Freunden aus den Provinzen zukommen, veranlassen uns, unserem Parteiprogramm und den Wahlschreiben einige erläuternde Zusätze nachzuschicken, wie sie von der Entwicklung der politischen Zustände und der Parteiverhältnisse bedingt werden.

"Die Aufgaben der nächsten Reichstagsession sind von unermöglichster Wichtigkeit. Eine Verfassung, die bis jetzt nur auf dem Papier steht, soll der Wirklichkeit verwickelter Voransetzungen angepaßt werden. Nur mit gereifter Erfahrung, nur mit gediegener, staatswissenschaftlicher Bildung kann es gelingen, den Abstraktionen eines Parteicompromissen hervorgegangenen, auf ganz neue, noch völlig unerprobte Verhältnisse berechneten Verfassungsgesetzes die wahrhaft lebensfähigen Seiten abzngewinnen, welche den Norddeutschen Bund befähigen, in Gemeinschaft mit den süddeutschen Staaten allen einer drohenden Kriegsgefahr zu begegnen, den süddeutschen Staaten den Zutritt offen halten und dennoch den Norddeutschen Bund als ein selbstständiges Staatsganze aufzutreten lassen. Nicht darauf kommt es an, im Namen der liberalen Partei ungemeine Forderungen zu stellen, sondern mit ernstem Willen und ohne falsche Popularitätssucht dahin zu wirken, daß das Erreichen baldigst sicher gestellt, das deutsche Staatsbände rasch unter Dach und Fach gebracht werde.

"Es wird die Pflicht der Reichstagsabgeordneten sein, gegen jede höhere Belastung des Volkes, ja für verhältnismäßige Entlastung, und für eine gerechtere Vertheilung der drückenden Steuerlast mit allen Kräften zu wirken. Die bisherigen Steuersysteme sind durchweg nicht so vortrefflich, daß sie keinesfalls modifizirt werden dürfen. Gerade die Constitutionierung des Bundesstaates, dessen Vertretungskörper ein weit kräftigeres Budgetrecht besitzt, als z. B. der preußische Landtag mit seinem Herrenhaus und seinem Art. 109, bietet willkommene Gelegenheit, das ganze Steuerwesen zu reformieren. Daß zu einer Umbildung des alten Steuerwesens, bei Beisetzung der drückenden unter den bestehenden Steuern, neue Steuerformen erforderlich werden, liegt auf der Hand. Als Stein und Hardenberg ihr Steuersystem in Preußen einführten, kamen sie auch nicht durch ohne neue Steuern, aber gerade die Einführung einer gleichmäßigeren und gerechteren Besteuerung hob den Wohlstand des Volkes. Es ist daher falsch den kahlen Satz hinzustellen: "Es dürfen unter allen Umständen keine neuen Steuern bewilligt werden." Es sollte vielmehr heißen: "Die auf dem Volke ruhende Steuerlast darf nicht vergrößert werden." Bei jeder neuen Steuer wird vorzugsweise in's Auge zu fassen sein, daß sie keine Umgehung der constitutionellen Befreiungen und kein willkürliche Anziehen der Steuerabschranke gestatte, sowie, daß sie scharf contingentiert sei. Von diesem Punkte ist die constitutionelle Praxis bei uns anzubilden und zu entwickeln, und hoffentlich wird die Rückwirkung auf das constitutionelle Leben in den Einzelsstaaten nicht ausbleiben! Denn daß die Ausführungen nach sich ziehen müssen, erhellte immer deutlicher.

"Ferner wird es Sache des Reichstags sein, das allgemeine deutsche Staatsbürgerecht gelegentlich zu verwirklichen, dessen Prinzipien auch auf die gewerblichen Gebiete auszudehnen, und mit Energie dem Widerstand zu begegnen. Man schreibt darüber der "Schles. Blg." aus St. Petersburg: "Dass von Paris aus eine Note hier eingegangen, in der die Idee eines Flüsten-Congresses aufs Neue angeregt

gegen, den der Partikularismus einiger zurückgebliebener Zwergstaaten dagegen erheben könnte. Ebenso muß der Reichstag bestrebt sein, die Regierung zur schnellsten Abarbeitung eines einheitlichen deutschen Gesetzbuches zu veranlassen. — Er wird Staatsverträge (Militärconventionen, Allianz-, Accessions-, Handels- und Bollvereinsverträge) zu prüfen haben, und hat dabei den Standpunkt des einheitlichen Bundesstaates und das Bedürfnis der Gleichmäßigkeit in der Gesetzgebung allen Bevölkerungen gegenüber zu wahren.

"Bor allen Dingen aber ist es der Verlust des nächsten Reichstages, mit den Nationalgestalten unter den süddeutschen Bollparlaments-Mitgliedern die nötigen Schritte zu verabreden, um aus den ersten unvollkommenen und ungünstigen Gestaltungen die volle nationale Einheit zu entwickeln.

"Solche ungeheure Aufgaben erheischen das Zusammenwirken aller Kräfte und Capazitäten, welche die deutsche Nation so reichlich besitzt. Freilich muß bei allen Wahlen die liberale Gesinnung als unumgängliche Bedingung festgehalten werden, zumal neueste Ereignisse wiederum zu unserem Schaden und Schmerz dargethan haben, daß alle bürokratische Weisheit und alle diplomatischen Anstrengungen nicht ausreichen, die nationale Ehre und die Grenzen des deutschen Vaterlandes so intakt zu erhalten, wie es ohne große Anstrengung und Gefahr eine populäre Regierungsweise vermöchte. Aber die liberale Gesinnung allein reicht nicht aus, es gehört ein Sinn dazu, der über die Grenzen des engeren Heimathsstaaates hinausgeht. Ob jedem Reichstage mit dem freisinnigen Wahlgesetz auch eine allgemeine Beteiligung und eine tiefere eindringende Theilnahme aller Bevölkerungsschichten kommen wird, um das Gelingen der großen Aufgaben zu ermöglichen, das hängt im Wesentlichen von der Wahl solcher Männer ab, die das Vertrauen des Volkes ebenso wie durch intelligente Thätigkeit, wie durch treue Hingabe, zu rechtfertigen im Stande sind. Berlin, 9. August 1867. Der geschäftsleitende Ausschuss der national-liberalen Partei. Ahmann. v. Hennig. H. B. Oppenheim."

Berlin, 9. August. (Beid. Corrspdz.) Nach den bis jetzt eingegangenen Nachrichten wird Graf Bismarck morgen zum dauernden Aufenthalte hier wieder eintreffen. — Die Eröffnung des Bundesrates ist nunmehr definitiv auf den 15. d. M. festgestellt. — Wie man uns aus Paris schreibt, hat die Sprache der österreichischen Blätter in Beifall des Salzburger Condolenz-Besuches dort sehr überrascht. Man fragt sich nicht ohne einiges Misstrauen, ob hr. v. Beust jene Haltung der österreichischen Presse willkommen heisse oder ob die Spize derselben gegen ihn selbst gerichtet sei. Privatberichte aus Wien sollen letztere Annahme nicht ganz ausschließen; unserer Seits sezen wir das Erste voraus.

— [Bundes-Etat.] Die nächste Arbeit des Bundesrats wird die Feststellung des Etats für den Norddeutschen Bund sein, der, wie die „Kreuzig.“ hört, in der Hauptstache bereits vollendet sein soll.

— [Dr. Otto Lindner,] ein durch Wissen und Charakter ausgezeichneter Publicist, seit 20 Jahren in der Redaktion der „Börsischen Zeitung“ thätig, in den letzten 4 Jahren mit der ausschließlichen politischen Leitung des Blattes beauftragt, ist 47 Jahre alt, an einer Lungenentzündung gestorben.

— [Geh. Oberpoststrath Wiebel] wird, wie die „N. P. Z.“ vernimmt, bei der bevorstehenden Trennung der königlichen Telegraphen von der Postverwaltung aus dem General-Postamt ausscheiden und die erste Rathstelle bei der Telegraphen-Verwaltung übernehmen.

England. London, 7. Aug. [Das Oberhaus] hat gestern nach längerer Debatte die 3. Lesung des „Volksvertretungs-Gesetzes“ vorgenommen und den amendirten Entwurf dem Unterhause zurückgesandt.

Frankreich. Paris, 7. Aug. [Die Generalrathswahlen.] Das Resultat der Wahlen zu den Generalräthen ist jetzt vollständig bekannt. Wie es sich vorhersehen ließ, haben die von der Regierung empfohlenen Kandidaten an den meisten Orten die Majorität erhalten. Nichts desto weniger hat die Regierung in jenen verhältnismäßig wenigen Orten, wo die Wahlen einen politischen Charakter annahmen, mit Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt oder gar Niederlagen erlitten. Es gilt dies namentlich von Lyon und einigen anderen größeren Städten. Im Ganzen ist der zwanzigste Theil der Kandidaten der Opposition gewählt worden, und so hat sich die Gesamtzahl der der Opposition angehörigen Mitglieder der Generalräthe vermehrt.

Danzig, den 10. August.

* Heute Vormittag fand die Beerdigung des Herrn Franz Rottenburg, auf dem Kirchhof der freien religiösen Gemeinde stat. Das überaus zahlreiche Leichenbegleitung aus allen Ständen — unter diesen die hervorragendsten Mitglieder der Kaufmannschaft, eine große Zahl Stadtverordneter u. A. — bewies, wie allgemeiner Liebe sich der Verstorbene zu erfreuen hatte. Herr Prediger Rößner hob in der Grabrede, in welcher er der vielfachen Verdienste des Verstorbenen gedachte, hervor, daß wohl selten die von einem Grabe Heimkehrenden sich so einmuthig in das Wort: „Wir haben einen guten Mann begraben“, zusammenfinden würden, wie heute, und daß dies das ehrenvollste Denkmal sei, das sich ein Mensch erwerben könne. Eine große Anzahl hiesiger Sänger führte unter Leitung des Herrn Frühling die Grabgesänge aus.

* Dem am 2. August hier gestifteten Reformverein sind bereits aus verschiedenen Theilen der Provinz eine Anzahl von Mitgliedern mit namhafteren jährlichen Beiträgen beigetreten. Weitere Anmeldungen nebst entgegen in Elbing hr. v. Forckenbeck, in Culm hr. Kirstein, in Königsberg hr. Commercierrath Stephan, in Thorn hr. Justizrath Dr. Meyer, in Danzig der Kassensührer des Vereins, hr. Bankdirector Schottler. Das Gründungskomitee hat sich bereits constituiert, und werben in der nächsten Zeit die die Thätigkeit des Vereins unmittelbar einleitenden Schritte Seiten derselben gethan werden.

* [Die Versammlung der Liberalen], welche gestern Abend im großen Schulenhausaal stattfand, war von den Mitgliedern beider liberaler Parteien sehr zahlreich besucht. Dr. Rößner eröffnete die Versammlung und übernahm alsdann auf Vorschlag desselben Red. Rickert den Vorsitz. Es erhielt sodann sofort das Wort der hr. Afg. Lesse. Derselbe wurde mit lebhaftem allseitigem Beifall begrüßt und hielt etwa folgende Anrede an die Versammlung (Wir theilten die Rede nach einer stenogr. Aufzeichnung mit): M. H.! Nachdem zwei Versammlungen der liberalen Parteien dieser Stadt mir die Ehre erwiesen, mich als alleinigen und zwar als Compromis-Candidaten für die bevorstehende Reichstagswahl aufzustellen, habe ich selbst den Wunsch geäußert, daß mir Gelegenheit geboten würde, in Kurzem vor Ihnen meinen politischen Standpunkt zu erörtern. Ich danke

den Comités, daß sie mir diese Gelegenheit geboten haben; ich danke den Herren, die hier so zahlreich erschienen sind. Gestatten Sie mir, zunächst zu wiederkommen, was ich schon vor 8 Tagen in einer andern Versammlung hier aussprach, daß, wenn die Wähler dieser meiner Vaterstadt mir das Vertrauen schenken wollen, mir ein Mandat für den Reichstag zu ertheilen, ich dasselbe anzunehmen bereit bin.

M. H., vor einem Jahre hatte ich die Ehre, zum ersten Male von dem Bromberg-Wirscher-Wahlkreise ins preuß. Abgeordnetenhaus berufen zu werden. Ich schloß mich der Fraction der deutschen Fortschrittspartei an und bin bis nach der Abstimmung über die Norddeutsche Bundesverfassung in derselben verblieben. Sie wissen, daß die Fortschrittspartei in ihrer großen Majorität gegen diese Verfassung stimmte. Ich vermochte es nicht, mich an diesem Votum zu betheiligen, und hielt es in Folge dessen für geboten, aus der Fraction auszutreten; ich gehöre gegenwärtig keiner Fraction an. M. H., die Stellung der liberalen Abgeordneten in der letzten Session war eine schwierige: es gab — um mich kurz auszudrücken — einen Konflikt zwischen den einheitlichen und freiheitlichen Bestrebungen. Zu Gunsten der ersehnten Einheit sollten in freiheitlicher Beziehung Concessiones gemacht werden; es sollte der Kampf für die Freiheit hier und da zurückgestellt, ja es sollten Opfer freiheitlicher Rechte gebracht werden. M. H., auch ich habe solche Opfer bringen müssen, denn auch ich bin der Meinung, daß nur auf Grund einer wirklichen Einheit unseres Vaterlandes eine dauernde Freiheit errungen werden kann. Ich habe diese Opfer gebracht, da, wo ichs durchaus für geboten erachtete; ich habe keine Opposition gemacht, wo ich fürchten mußte, unserer Regierung in ihrer nationalen Politik Hindernisse zu bereitea, wo ich befürchten mußte die Früchte des glorreichen Krieges aufs Spiel zu stellen. Deshalb hielt ich mich für verpflichtet, unbekümmert um den Standpunkt, den die Regierung in Beziehung auf die innere Politik einnahm, ihr die Geldmittel zu Gebote zu stellen, welche sie zur Durchführung ihrer nationalen Politik verlangte. Ich acceptierte die Folgen des Krieges, indem ich leichten Herzens für die Annexionen stimmte, weil ich sie für die einzige Lösung der deutschen Frage hielt. Ich stimmte endlich, wenn auch nicht leichten Herzens, für Annahme der Norddeutschenverfassung. M. H., Sie wissen, daß das Abgeordnetenhaus an dieser Bundesverfassung nichts mehr bessern konnte; es war nicht mehr in der Lage, zu ammendieren; es hielt für uns nur: annehmen oder ablehnen! Zum Ablehnen konnte ich mich nicht verstehen. Es erschien mir allerdings als ein Opfer, daß wir in diesem Übergangsstadium von 4 Jahren auf das wichtigste Recht verzichten sollten, welches ein Volk hat, nämlich bei Berathung und Bewilligung des Militärateats seine Stimme abzugeben, aber die Einheit Norddeutschlands war nicht anders zu erreichen. Andererseits bin ich der Ansicht, daß nach Ablauf dieser 4 Jahre der Reichstag das volle Budgetrecht hat auch mit Bezug auf die Bewilligung des Militärateats. Und zwar bin ich der Meinung, daß, selbst wenn in diesen 4 Jahren nicht ein Gesetz zu Stande kommen sollte, welches die Stärke des Heeres für spätere Jahre normirt, der Reichstag dann doch vermöge seines Budgetrechts eine Einwirkung auf die Stärke des Friedensheeres hat. Dies geht unzweifelhaft hervor aus Art. 62 der Verfassung und der für die Interpretation dieses Artikels nicht unwichtigen Erklärung des Ministerpräsidenten. — Es wurde mir ferner schwer, für Annahme der Verfassung zu stimmen, weil sie den Reichstagmitgliedern Diäten verweigert. Ich erachte diese Frage für eine höchst wichtige. Es ist von gewisser Seite versucht worden, die Diätenfrage zu einer reinen Geldfrage herabzudrücken; das ist sie aber nicht; es liegt darin vielmehr eine Beschränkung des passiven Wahlrechts, und manche tüchtigen Kräfte, die das Volk zur Erkämpfung und Befestigung der Freiheit nötig brauchen würden, werden im Parlamente keinen Platz finden. Ich erachte diese Frage für eine höchst wichtige, und im vor Sommer, als ich die Ehre hatte, der Commission des Abgeordnetenhauses anzuhören, welcher die Verabschaffung des Reichswahlgesetzes übertragen war, gaben wir uns Mühe, die Diäten hinein zu bringen; leider gelang es mir und andern Freunden nicht, mit dieser Ansicht durchzubringen. Wenn ich dennoch lediglich der Diätenfrage wegen mich nicht entschließen konnte, gegen Annahme der Verfassung zu stimmen, so hat ich es in der Überzeugung, daß die liberale Partei stets opferfreudige Männer finden werde, die eine Stelle im Reichstage einzunehmen werden. (Bravo.) Es war mir ferner ein nicht geringes Opfer, für die Verfassung zu stimmen, obwohl das Prinzip der Ministerverantwortlichkeit nur zu mangelhaftem Ausdruck gelangte. Ich bin nicht der Meinung, daß auf diese nur ein geringer Werth zu legen wäre, und erachte es kaum für etwas mehr als eine geistreiche Bemerkung, wenn jemand sagte: Ein Gendarmentverantwortlichkeitsgesetz wäre ihm lieber. Es hat für mich dieses Gesetz eine hohe, sowohl ideale als reale Bedeutung: durch sie wird eigentlich die Stellung fixiert, welche der Minister als erster Beamter nach oben und nach unten haben soll. Trotz dieser erheblichen Mängel habe ich für die Verfassung gestimmt; ich wollte und konnte nicht die Verantwortlichkeit übernehmen für das Chaos, welches eingetreten wäre, wenn diese Verfassung abgelehnt worden wäre. Ich bin der Meinung, daß in diesem Fall nicht ganz ohne Grund gesagt worden wäre: diesmal sei das Volk und seine Vertreter, oder vielmehr seine Vertreter seien die Ursache gewesen, welche den Versuch zur Einheit Deutschlands hätten wiederum scheitern lassen. M. H., man hat den Norddeutschen Bund einen Sonderbund genannt; ich glaube, man geht darin zu weit. Denn sowie ich jenen Bund, der vor Jahren zwischen Preußen und Hessen abgeschlossen wurde und aus dem der Bollverein hervorgegangen, keinen Sonderbund nennen kann, so möchte ich auch den Norddeutschen Bund nicht einen Sonderbund nennen, sondern einen Stenbund, aus dem ein großes Deutschland, ein freies Deutschland hervorgehen müßt, wenn das Volk seine Schuldigkeit thut. (Lebh. Bravo!) M. H.! Die letzten Monate haben uns so ganz Utrecht nicht gegeben. Seitdem ist das Bollparlament für ganz Deutschland geschaffen. Es ist dies die Forderung vieler deutscher Handelstage gewesen. Das Bollparlament hat auch eine hohe Bedeutung besonders für unsere Provinz, die verfügt ihrer geographischen Lage und ihrer Beschränkung für die Existenz des Bollvereins ganz besondere Opfer immer hat bringen müssen. Ich glaube, daß namentlich unsere Provinz gewinnen kann, wenn der Volksvertretung in dieser Beziehung das Recht eingeräumt wird, über die Bölle mit zu beschließen, und diese Fragen in zweckentsprechender, rationeller Weise erledigt werden. Ich kann ferner nicht umhin, kurz hinzuweisen auf die Kundgebungen, welche in diesen Tagen in Süddeutschland hervorgetreten sind und einen Anschluß an den Norddeutschen Bund energisch fordern. Es ist dies freilich nur erst ein moralischer Act, doch dürfen wir

dessen Bedeutung nicht unterschätzen. — M. H.! Ich habe mir erlaubt, auf die Mängel der Norddeutschen Bundesverfassung einzugehen; wenn man aber gerecht sein will, so darf man auch ihre Vorzüglichkeit nicht unberücksichtigt lassen. Ich muß ihrer um so mehr erwähnen, als ich daran mit einigen Worten eine Betrachtung der Aufgaben, welche die nächste Zukunft uns stellt, ankündigen will. Die Norddeutsche Verfassung gewährt uns das Einnahmewilligungsrecht, welches wir in der preußischen Verfassung nicht haben; sie gewährt uns wenigstens den Weg, zu dem zu gelangen, was die liberalen Parteien seit Jahren gefordert haben — zu einer jährlichen Contingentierung der Steuern. M. H.! Ein zweiter Vorteil unserer Bundesverfassung ist, daß sie ein gemeinsames Indigenat für das gesamte Bundesgebiet aufstellt, so daß jeder ei. em Bundesstaate angehörige Staatsbürger in jedem andern Bundesstaate als Staatsangehöriger behandelt sei. Das Gebiet des Norddeutschen Bundes ist sonach ein gemeinsames Arbeitsgebiet für uns geworden, was ich für einen großen Fortschritt halte, wie ich es auch als einen großen Fortschritt freudig begüßt habe, als es in diesem Jahre dem Abgeordnetenhaus gelang, das Einzugsgebiet in den Städten aufzuhoben; es war dies wieder den Arbeiter in die Möglichkeit versetzt, da seine Arbeit zu suchen, wo er sie zu finden glaubt. (Bravo.) Ein anderer Vorteil der Verfassung, der sich nicht absengen läßt, ist das Einflammsystem. Es ist freilich gesagt worden: der Bunde ist ein großer Hemmschuh, als unser Herrenhaus. Ich glaube, daß diese Bemerkung nicht richtig, daß sie zu weit geht, ich glaube vielmehr, daß, wenn die preußische Regierung liberale Reformen ernstlich durchzuführen will, sie den Widerstand im Bundesrat leicht besiegen wird. Ein sinnerer Vorteil der Verfassung, der von allen Parteien anerkannt ist, ist die gemeinsame Gesetzgebung auf den verschiedenen Gebieten. (Reverer geht hier auf diese Gebiete näher ein und fährt fort:) Endlich ist es wahrlich kein Geringes, daß wir jetzt ein Organ besitzen, um uns allmächtig ein nationales Recht zu schaffen. Ich glaube, M. H., daß wir in dieser Beziehung doch in den nächsten Jahren Einiges erreichen werden: eine zeitgemäße Civilprozeßordnung und die langersehnte Institution der Handelsgerichte; ich weise ferner darauf hin, daß es nicht schwer werden kann, eine verbesserte, gemeinsame Concursordnung zu schaffen. Dies alles sind Dinge, zu deren Erfüllung alle Liberalen si. vereinigen müssen. (Redner führt alsdann aus, daß die Pressezugabe und das Institut der Staatsanwaltschaft mit ihrem Anklagemonopol einer Reform bedürfe und daß auch hierin alle Liberalen einig seien.) M. H.! Wenn wir jetzt an die Zukunft denken, so glaube ich, daß noch Annahme der Verfassung, die jetzt Gesetz geworden und als solches allseitig anerkannt ist, manche Spannungen aufhören werden, und daß die Liberalen aller Schattierungen, ohne daß ich die Unterschiede w. gleicher will, in vielen Reformfragen einig sein werden. Die nat.-lib. Partei hat, wie Sie wissen, in einem Programm die Aufgabe bezeichnet, deren Lösung sie für die wichtigste hält, und es ist, so weit mir bekannt, von Seiten der Fortschrittspartei kein Einwand gegen dieses Programm erhoben worden. Sie werden allerdings mit mir übereinstimmen: daß Programme keine große Bedeutung haben, und nur insofern von Wichtigkeit sind, inwieweit der Einzelne ihnen Nachdruck verschaffen will, um sie zur Durchführung zu bringen. M. H. Wir werden ferner alle in verschiedenen Punkten einig sein, die hier heute vor 8 Tagen in einer Versammlung anderer Art als Voraussetzung des allgemeinen Wahlrechts aufgestellt wurden in Bezug auf die Reform des Volksschulwesens, der Kreis- und Gemeindeordnung. M. H. In allen diesen Punkten wird es keine Partei-Unterschiede geben; wir werden darin einig sein, daß hier etwas zur Verbesserung geschehen muß, daß dies wahrlich nicht den Abgeordneten überlassen darf, daß vielmehr jeder einzelne Mann im Volle dafür mitwirken kann und soll. M. H. Sie können Alle dafür etwas thun. Geschicht dies, so ist der Gesamtheit der öffentlichen Meinung auf die Dauer nicht zu widerstehen. (Bravo!) M. H.! Die Biele, welche die liberalen Parteien verfolgen, sind sehr hohe, der geistige Kampf um dieselben wird ein sehr langwieriger sein: aber der Preis ist dieses Kampfes wert. Unterstützen Sie uns Abgeordnete in diesem Kampfe und gedenken Sie des Wortes unseres großen Dichters: Nur der verdient die Freiheit dieses Lebens, der täglich sie erkämpfen muß! (Bravo!) M. H.! Ich komme zum Schlus. Ich habe neulich, heute vor 8 Tagen, bereits gesagt, daß wenn Sie auch mit meinen Grundschatzungen einverstanden sein werden, Biele doch mit der Art und Weise, wie ich dieselben zum Ausdruck bringe, hier u. d. da nicht ganz übereinstimmen dürften. Wenn ich trotzdem meine schwachen Kräfte Ihnen zur Disposition stelle so thue ich es lediglich im Interesse der liberalen Sache, im Interesse der Einigkeit der liberalen Parteien; nur aus diesem Gesichtspunkte halte ich mich für berechtigt, Sie Alle zu bitten, mir bei der Wahl Ihre Stimme zu geben. (Lebh. anhaltender Beifall.)

Auf die Frage, ob einer der Anwesenden eine Interpellation an Hrn. Lesse zu richten habe, meldete sich Niemand zum Wort, und ging die Versammlung nunmehr über zur Beurtheilung der Frage über die Wahlorganisation. (Schluß folgt.) Wir erwähnen für heute nur, daß der Antrag des Hrn. Devoient angenommen wurde, dahin gehend, daß jedes der beiden Comités 4 Mitglieder aus seiner Mitte wähle, welche gemeinschaftlich das Central-Comit für die Wahl des Hrn. Lesse bilden sollen.

— [Von dem englischen Dampfschiff „Hartley“ aus Somerset gestern Abend der Untersteuermann Samuel Wendell aus Somerset ertrunken.

— [Die Grünethorbrücke] wird wegen einer an derselben vorzunehmenden Reparatur für den Tag des 13. d. Mts. gesperrt werden.

— [Cholera] Erkrankt bis gestern 188 Pers. (164 Civ., 34 Milit.); seit gestern sind 7 neue Erkrankungsfälle gemeldet, und zwar aus dem Civilstande; erkrankt bis heute Mittag im Ganzen 195 Pers. (161 Civ., 34 Milit.). — Gestorben waren bis gestern 95 Pers. (85 Civ., 10 Milit.); Zugang seit gestern 3 Sterbefälle aus dem Civilstande. Gestorben bisher 98 Pers. (88 Civ., 10 Milit.).

Marienwerder. [Zuden Wahlen.] Die früher von uns gebrachte Nachricht, daß sich sämliche Liberalen unseres Wahlkreises auf die Candidatur des Hrn. Conrad Bronza vereinigt hätten, wird durch folgenden Ausruf widerlegt: „Wir fordern unsere Gesinnungsgenossen auf, den Kreisgerichtsrath Wendisch zum Mitgliede des Reichstages zu wählen. Derselbe ist zur Annahme bereit. Durch das Vertrauen unseres Wahlkreises in das Haus der Abgeordneten berufen, vertrat Wendisch stets mit Entschiedenheit die Rechte des preußischen Volkes. Sein hierdurch bewährter fester Charakter schützt ihn vor der politischen Schwindsucht, welche täglich verheerender um sich greift und sich anzeigen durch geistvoll schillernde liberale Reden bei unterwürfiger Abstimmung oder unmännlicher Flucht vor der Stimmabgabe. Wendisch wird

Beilage zu No. 4378 der Danziger Zeitung.

Sonnabend, den 10. August 1867.

Die Gründung des Reformvereins in Danzig.

Ueber die Verhandlungen der Versammlung der National-Liberalen unserer Provinz, welche am 2. August in Danzig stattfand, theilen wir in Nachstehendem folgenden ausführlicheren Bericht mit. Den Vorsitz führte Hr. Rechtsanwalt Koepell. In seinen einleitenden Worten warf er einen kurzen Rückblick auf die Vergangenheit und auf das Verhältniß der liberalen Parteien zu einander. Er hob die Notwendigkeit einer Verständigung über die nächsten Aufgaben hervor. Der Zweck der Versammlung sei, zu einer solchen Verständigung mit beizutragen. Alsdann nahm das Wort:

Hr. v. Forckenbeck (mit lebhaftem, anhaltendem Beifall empfangen): M. H.! Ich danke Ihnen für den Beifall, mit dem Sie mich empfangen, und nehme an, daß er nicht meiner Person, sondern der Sache des Liberalismus gilt, der nach besten Kräften zu dienen ich bestrebt gewesen bin. Wenn ich mich zum Gegenstande der heutigen Discussion wende, so muß ich von vorherhin bemerken, daß das Thema, welches für diese Versammlung aufgestellt ist: "Berathung über Ziele und Wege der national-liberalen Partei" uns nicht blos für die nächste Gegenwart beschäftigen soll, sondern unsere ganze Thätigkeit für immer in Anspruch nimmt. M. H.! Ich finde es gerechtfertigt, daß eine Trennung der verschiedenen Elemente innerhalb der liberalen Partei sich vollzogen hat. Daraus folgt aber nicht, daß die liberalen Elemente sich da bekämpfen, wo sie notwendig zusammengehen müssen. Zu meiner großen und innigen Freude hat man sich denn auch fast überall in unserer Provinz in Bezug auf die Reichstagswahlen geeinigt. Wir wollen nur wünschen und hoffen, daß die gesammte liberale Partei ihre ganze Kraft einsetze und vereinigt überall in der Provinz durchdringe, damit der Osten unseres Vaterlandes zum künftigen Reichstage mehr Vertreter des Liberalismus hinsende, als es im letzten der Fall war. Wenn ich, m. H., hier kurz noch einmal einen Rückblick auf die Vergangenheit unserer national-liberalen Partei werfe und auf ihr Verhalten im Reichstage zurückgehen möchte, so thue ich es wahrhaftig nicht, um neuen Zwiespalt hervorzurufen, sondern um unser Verhalten zu erklären und dadurch die Ansichten zu berichtigten. Ich räume ein, m. H., daß die Norddeutsche Bundesverfassung ganz erhebliche Mängel besitzt, ich behaupte aber auch, daß sie auf der andern Seite große Vorzüge hat. Ich behaupte ferner, daß, wenn die vereinigte liberale Partei ihre Ziele nicht weiter fördern können, dies dann weniger an der Bundesverfassung liegt, als vielmehr an dem Mangel an Energie und Thatkraft innerhalb der Partei. Es hat in letzter Zeit eine Umwälzung unserer öffentlichen Verhältnisse stattgefunden, sie sind durch die Einführung des allgemeinen gleichen Stimmrechts in ein neues Stadium eingetreten, und neue, große Pflichten treten an uns heran. Die Bundesverfassung hat, es ist wahr, ihre Mängel, aber sie ist nicht so schlecht, daß sie dem deutschen Volke nicht große Aussichten für die Zukunft gewährte, wenn es seine Pflichten erfüllt. Der Reichstag vereinigt die Vertreter von 30 Millionen Deutschen und verleiht dem Liberalismus viel mehr Aussichten zum Siege, als die bisherige Vertretung von 19 Millionen im preußischen Abgeordnetenhaus gewähren konnte. Wir müssen es offen gestehen: in den neu hinzutretenen Theilen sind, wie die Reichstagswahlen beklagt haben, verhältnismäßig mehr liberale Elemente vorhanden, als in den alten preußischen Provinzen. Also schon in dieser Vereinigung von 30 Millionen Deutschen, die freilich nur mit entfernen Klammern zusammengehalten werden, in dieser Repräsentation von 30 Millionen liegt eine Verstärkung der Kraft des Liberalismus, die hoch anzuschlagen ist. Dabei hat die Norddeutsche Reichsverfassung allerdings ihre großen Mängel, sennamentlich der Mangel einer genügenden Ministerverantwortlichkeit und die vierjährige Feststellung und Vorausbewilligung des Militäretats. Auf der andern Seite, und das sind Vorzüge, die nicht unterschätzt werden dürfen, räumt sie dem Parlament das Recht ein, in allen gemeinschaftlichen Angelegenheiten besser, durchgreifender und spezieller zu wirken, als die preußische Verfassung dies je gewährt hat. Ich erwähne in dieser Beziehung nur das Handels- und Wechselrecht — Fragen, welche für die Existenz jedes Einzelnen von Einfluß sind. Früher, bei der zerstückten Gesetzgebung in den einzelnen Ländern, wurden die Gesetze von Regierungscommissionen vorbereitet, unter ihnen vereinbart und dann schließlich den Volksvertretungen vorgelegt, welche sie nur entweder im Ganzen annehmen oder ablehnen konnten. Ein zweiter Vorzug der Bundesverfassung ist das Steuerbewilligungsrecht: es ist ein besseres und durchgreifenderes, als das des preußischen Abgeordnetenhauses, weil es nicht blos die directen Steuern, sondern auch das ganze Gebiet der indirekten Steuern der Abstimmung des Reichstages unterwirft. M. H.! Das sind erhebliche Vorzüge, und ich wiederhole noch einen großen Vorzug, der von der Fortschrittspartei vielfach bestritten ist: das ist der, daß sie gegenüber den deutschen Fürsten eine Macht organisiert hat unter dem Präsidium des mächtigsten Fürsten, unseres Königs, und dieser unmittelbar gegenüberstellt die Repräsentation des deutschen Volkes ohne Standesunterschiede, ohne Vertretung nach Klassen: daß sie kein Herrenhaus kennt. Aber, möchte man wohl erwiedern, der Bundesrat ist ein weit schlimeres Herrenhaus! M. H.! Es ist nicht richtig, was Jene behaupten: die Herren vergessen, daß die deutschen Fürsten immer ein absolutes Recht hatten, und daß in den deutschen Staaten, welche jetzt im Reichstage vereinigt sind, zwischen den Fürsten und den Vertretern des Volkes die ersten Kammern mit bevorzugter Repräsentation standen. Ich erwähne ferner, daß die kleinen deutschen Fürsten, wenn sie überhaupt noch ihre Existenz fristen können, dies nur dadurch erreichen können, daß sie sich bestreben, innerhalb des Bundesrates den Interessen der Nation gerecht zu werden; man kann also nicht sagen, der Bundesrat repräsentiere ein Herrenhaus, sondern man muß zugeben, den Fürsten gegenüber steht unmittelbar die Repräsentation des Volkes. — M. H.! Ich habe schon erwähnt, daß die Bundesverfassung uns große Opfer auferlegt: sie verlangt ein Kriegsheer von 300,000 Mann, 12,000 Offizieren und an Kosten für dieses Heer 225 R. pro Kopf. Aber, m. H., die gegenwärtigen Beitragsverhältnisse gebieten diese Opfer. Wenn wir sehen, wie jede kleine Frage, welche die deutsche Einigung ihrem Ziele näher führen soll, vom Auslande neidisch angesehen wird, dann können wir uns der Ansicht nicht verschließen, daß die deutsche Einigung nicht zu schaffen ist ohne Lasten und Anstrengungen, und daß wir nur im Stande sind, sie ohne Einmischung des Auslandes und ohne Kriege zu vollziehen, wenn wir ihm gerüstet mit der ganzen Kraft der Nation gegenüberstehen. Es gilt hier das alte Wort: Wenn Du den Frieden willst, dann bereite den Krieg vor. Lieber wollen wir größere Lasten tragen, als die Provocierung des Auslandes hervorrufen; das ist der Grund,

weshalb ich unter den obwaltenden Verhältnissen der Forderung der Regierung nachgegeben und für Bewilligung des Militäretats bis zum Decbr. 1871 gestimmt habe. M. H.! Abgesehen von der vorübergehenden Last, welche dies Interimsfikum uns auflegt, sind die Bestimmungen über das Heerwesen in der Nordde. Bundesverfassung in mancher Beziehung besser, als die, welche wir gehabt haben. Allerdings ist als ihre Grundlage die Armee-Reorganisation, welche der jahrelange Gegenstand des Streites zwischen dem preuß. Ministerium und Abgeordnetenhaus war, eingeräumt worden, aber unter anderen Modifizierungen. Erstens ist 1 Prozent der Bevölkerung zur Aushebung bewilligt. Es gewährt dies allerdings den alten Provinzen Preußens keine erhebliche Erleichterung, aber es vermindert doch den bisherigen Bestand von 213,000 Mann (die Bewohnerzahl der alten Provinzen auf 19 Millionen angenommen) auf 203. bis höchstens 205,000 Mann. Zweitens, m. H., die Reorganisation offerierte die 16-jährige Dienstzeit, hier zum ersten Male wurde uns die Bestimmung geboten, daß der Mann schon mit seinem 32. Jahre seiner Militärschuld erledigt sein soll. Das ist uns früher niemals geboten und ich lege großes Gewicht darauf, daß jeder Mann mit Vollendung des 32. Lebensjahres sich ganz seinen bürgerlichen Geschäften widmen und eine Familie gründen kann, daß er dann von den Anforderungen des Militärrates befreit ist und sich seine Dienstpflicht nicht in noch späteren Jahren verschleppt. (Bravo.) Es ist in der That ein großer Unterschied, obemand mit dem 32. oder mit dem 39. Jahre von seiner Militärschuld entbunden wird. Der dritte Unterschied ist meiner Ansicht nach noch viel wichtiger. Bis her hatte die Regierung niemals anerkannt, daß der § 3 des Gesetzes vom 3. Septbr. 1814 der Volksvertretung die Befugnis ertheilt, die jedesmalige Stärke des stehenden Heeres und der Landwehr, also die Stärke des Friedensheeres überhaupt, nach der Kopfzahl der Bewohner zu normiren; sie hatte immer nur der Landesvertretung das Recht zugestanden, durch Bewilligung der Ansgaben auf die Stärke des Heeres zurückzuwirken. Anders ist es in der Nordde. Bundesverfassung: hier ist von der Regierung zum ersten Male eingeräumt, daß die Feststellung der Stärke des Friedensheeres der gesetzlichen Zustimmung der Volksvertretung unterworfen sein soll. Für jetzt und bis zum 3. 1871 bestimmt die Verfassung die Aushebung von 1% der Kopfzahl der Bevölkerung, von da ab müsse die Aushebungssiffer im Bege der Bundesgesetzgebung geregelt werden. Es ist dies nicht bloß eine formelle, sondern eine innere und sachliche Notwendigkeit, weil Gefammlistung des Volkes nicht anders als durch Gesetze festgestellt werden kann. Die friedliche Lösung des Militair-Conflicts ist dadurch verbürgt, und wir können zuversichtlich hoffen, daß, wenn endlich ein einiges kräftiges Deutschland construit sein wird, daß dann auch die für das Heer von dem Volke aufzubringenden Lasten erleichtert werden. (Redner geht nunmehr auf das Amendment Uest-Bennigsen, dessen Urheber er ist, ein und weist nach, daß dasselbe den Particularismus der Kleinstaaten niederschläge. Dieser Particularismus, der nicht gescheut habe, sich mit austwärtigen Feinden zu verbünden, habe es bewirkt, daß in jedem Jahrhundert auf unsern Fluren die unheilvollsten Kriege geführt werden. Ihm wurde der Boden entzogen werden und die Entwicklung und die Befugnisse des großen nationalen States festgestellt werden. Redner schließt dann etwas wie folgt): Ich wiederhole, m. H., die Norddeutsche Bundesverfassung ist nicht so schlecht, daß nicht mit ihr und durch sie das deutsche Volk einer besseren, freieren politischen und wirtschaftlichen Entwicklung entgegengehen könnte. Die Frage der zukünftigen Entwicklung der Thätigkeit im Volle ist meiner Überzeugung nach viel wichtiger, als die Frage der Rechte des Reichstages. Er besitzt nicht vollkommen, aber sehr wirksame Rechte, und werden diese wirksame Rechte gebracht, dann hat er eine entscheidere Macht, als das preuß. Abgeordnetenhaus sie besaß. M. H., es handelt sich zunächst eben nicht so sehr darum, ob mehr oder weniger Rechte, als darum: sind wir im Stande, durch das allgemeine, gleiche und direkte Stimmrecht liberale Männer für den Reichstag zu wählen? M. H., täuschen wir uns nicht darüber, daß die bisher von den Liberalen entwickelte Thätigkeit gegenüber dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht nicht ausreicht; dasselbe legt der liberalen Partei in höherem Maße Energie und Mäßigkeit auf. Wenn wir uns zu einer solchen Thätigkeit nicht entschließen, dann haben wir es nicht der Verfassung, sondern uns selbst, unserer Lässigkeit, unserem Mangel an Einsicht und Opferwilligkeit zuzuschreiben, wenn es anders kommen sollte, als wir gewünscht haben. Aber, m. H., nicht bloß Thätigkeit bei den Wählern, auch in anderer Beziehung sind der liberalen Partei ernste Pflichten auferlegt: sie muß die Bedürfnisse des Landes ernstlich studiren, sie muß die Wünsche der großen Masse der Wähler lernen und ihren gerechten Anforderungen Nachdruck verschaffen. Der Schwerpunkt der Wahlbewegung beruht in der größten Mehrzahl der Kreise nicht in den Städten, sondern auf dem flachen Lande. Hierhin insbesondere müssen die liberalen Parteien ihre Aufmerksamkeit richten; von der nächsten Entwicklung der Wählerschaft in den Landkreisen hängt es ab, ob das allgemeine Wahlrecht in Deutschland dieselbe Wirkung haben wird, wie in Frankreich, oder nicht. Von unseren Freunden werden Ihnen heute noch Borschläge zur Begutachtung vorgelegt werden, welche dahin zielen, eine solche dauernde Thätigkeit in Bezug auf specielle, wichtige Fragen unseres Staatslebens anzubahn. Wenn wir gemeinsam uns einer solchen Arbeit unterziehen, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben. Wir werden unabhängige Männer im Reichstage haben und die dem Lande notwendigen Reformen endlich durchgesetzt werden. (Anhaltender Beifall.)

Red. Rickert: Die Versammlung habe aus dem Munde des Mannes, der das hohe Verdienst habe, vornehmlich zu den Verbesserungen der Bundesverfassung beigetragen zu haben, in einer Situation, wo es in Folge des Ausfalls der Wahlen in der Hand der Regierung lag, die Verfassung unverändert zur Annahme zu bringen — die klaren und überzeugenden Ausführungen über das Verhalten der Partei gebürt. Er wolle daher sofort an das anknüpfen, was Herr v. Forckenbeck in seinen Schlussworten gesagt: eine ernstere und umfassendere Thätigkeit der Liberalen sei vor Alem nöthig. Liberale Gesetze und Verfassungsbestimmungen helfen allein nichts, wenn das Volk von seinen Rechten nicht Gebrauch macht und wenn ihm die Einsicht in das, was Notth thut, mangelt. Graf Bismarck habe die Liberalen mit ihren eigenen Waffen geschlagen und sie würden so lange zurückgedrängt bleiben, als sie es verabsäumten, die Pflichten zu erfüllen, welche ihnen das allgemeine, direkte und gleiche Wahlrecht auferlege. Geschehe dies und trete die gesamte liberale Partei mit ganzer Kraft an die Lösung dieser Aufgabe heran, so werde das allgemeine Wahlrecht aufhören ein Mittel

für reactionäre Wahlen zu sein. Der Hauptfehler in unserem öffentlichen Leben sei der, daß die Bürger größtentheils der Meinung wären, es reiche hin, gut zu wählen. Man verlange von den Abgeordneten alles Mögliche, sie sollten stets mit vollen Taschen — guten Gesetzen, Steuerermäßigungen etc. — in die Heimat zurückkehren; aber die Forderungen des Abgeordneten mit Nachdruck zu unterstützen, unterlässe man. Auch für die Fragen, die den Wählern am nächsten liegen sollten, fehle ein allgemeines lebhafte Interesse. Es gebe sehr Viele, die im geselligen Verkehr auseinander zu sezen wüssten, wie viel Laufende im städtischen Haushalt zu sparen seien und wie Alles besser gemacht werden müsse. Aber wenn man in die Bürgerversammlungen gehe, wo solche Angelegenheiten alltäglich erörtert werden sollten, wenn es sich um wichtige Wahlen handle, — er erinnere nur an die hiesigen Borgänge in Bezug auf die Bezirkvorsteherwahlen, wo sich eine vollständige und dauernde Theilnahmefähigkeit der Wähler zeigte — dann suche man jene Bürger vergebens. Es sei hohe Zeit, daß man aufhöre den Ohren der Wähler zu schmeißen mit dem Vorhalten einer Macht, die sie jetzt tatsächlich noch nicht hätten, daß man aufhöre, glänzende Versprechungen zu machen, die sich nicht erfüllen ließen, sondern den Anspruch auf eine dauernde, ernste Thätigkeit und Opferwilligkeit an jeden Bürger stelle. Die notwendige Grundlage eines geistlichen öffentlichen Lebens feile bei uns noch sehr: ein entwickeltes Gemeindeleben und ein guter und tüchtiger Unterricht für das Volk. Hier Hand anzulegen, sei die nächste Aufgabe aller Liberalen. Die öffentliche Meinung sei in der That eine Macht, aber nur da, wo sie sich nachhaltig und als der Ausdruck der großen Majorität des Landes geltend mache. Den Beweis hierfür liefere England. Er erinnere nur an die Thätigkeit der im J. 1838 in Manchester gefestigten Liga gegen die Corngezege, welche nach sieben Jahren während opferwilliger Thätigkeit die Corngezege zum Fallen brachte. (Redner führt spezielle Daten über die Thätigkeit der Liga an. Sie hielt im ganzen Lande große Meetings, in London allwöchentlich eins, ab, hatte Agenten und Lehrer, vertheilte in 1 Jahr 2 Millionen Flugschriften und 1½ Millionen Exemplare eines Journals. Die Einnahmen der Liga betrugen in dem einen Jahre 1844 über 550,000 R. Diese waren lediglich durch freiwillige Beiträge aufgebracht, einzelne Mitglieder zahlten jährlich mehrere Tausend Thlr.) Wenn man hiermit vergleiche, was das preuß. Volk gethan während des großen Verfassungskampfes — Nationalfonds etc. — so sei das Resultat ein sehr beschämendes. Man halte bei uns die Opfer an Zeit und Mitteln für öffentliche Zwecke leider noch zu sehr für eine überflüssige Sache. Man müsse aber so bald wie möglich den Anfang mit einer ernsteren Thätigkeit machen. Er beantrage daher die Gründung eines Reformvereins und lege folgenden Entwurf vor:

S. 1. Die unterzeichneten Wähler sind zusammengetreten zur Bildung eines Reformvereins, dessen Aufgabe es ist, zunächst für eine baldige und durchgreifende Reform unserer städtischen und ländlichen Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Ordnung im Sinne einer weiteren Durchführung des Prinzips der Selbstverwaltung und für die Interessen des Volksunterrichts zu wirken. — S. 2. Der Sitz des Vereins ist für die nächste Zeit Danzig. — S. 3. Jedes Mitglied zeichnet bei seinem Eintritt in den Verein einen jährlichen Beitrag für die Vereinszwecke. Die Bestimmung der Höhe desselben wird der Selbststeuerung eines Jeden überlassen. — S. 4. Über die Verwendung der Vereinsmittel beschließt (event. nach den Bestimmungen der Generalversammlung) ein Ausschuß von 9 Mitgliedern, von welchen wenigstens vier im Danziger Kreise wohnen müssen. Der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter, der Schriftführer und der Kassirer übernehmen die Ausführung dieser Beschlüsse. Dieselben haben den Mitgliedern über die Verwendung der Vereinsmittel Rechnung zu legen. — S. 5. Generalversammlungen werden vom Ausschuß oder auf Antrag von mindestens ein Viertel der Mitglieder berufen.

Justizrat Dr. Meyer-Thorn (mit lebhaftem Beifall empfangen): M. H. Ich bin in Beziehung auf die Mängel und Vorzüge der Nordde. Bundesverfassung ganz der Meinung, die unser verehrter Hr. v. Forckenbeck ausgesprochen hat. Die Verfassung ist nur Gewand, nur Form; nicht diejenige ist gut an und für sich, welche Vieles bringt und verheist, ohne daß es in Erfüllung geht; die Hauptfache ist, daß sie mit gutem Willen zur Ausführung gebracht werde. Es gilt hier wie anderswo das Wort Lessings: Das Streben nach Wahrheit ist der Inhalt des Lebens. Die gebratenen Lauben werden uns nicht auf einem Präsentiersteller entgegengetragen. Es ist unser Sorge, daß die Verfassung von dem richtigen Geiste erfüllt werde und daß wir die nötige Energie und Ausdauer bei unseren Bestrebungen zeigen. Das ist's, was uns die sichere Garantie gibt, daß das Unvollkommene besser werden kann und werden müsse. An der Nordde. Verfassung ist ein Gegensatz in der liberalen Partei hervorgetreten; ich sage, an ihr, nicht durch sie. Es war eine notwendige Entwicklung der Dinge, daß die Trennung eintrete. Seit einigen Monaten hat sich indeß ein frankhafter Zustand gezeigt. Die Presse unserer großen Städte gibt kein wahres Bild mehr von der Stimmung im Lande überhaupt. Im preußischen Volle ist die Trennung der Parteien und die Erbitterung in Wirklichkeit lange nicht so tiefgehend, als es nach den Ausführungen der Presse scheinen möchte. Aber, m. H., sei dem, wie ihm sei, wir müssen diese Wirren als eine Art Krankheit, als eine Epidemie ansehen. Epidemien pflegen auch in dieser guten Stadt, die auch meine Baterstadt ist, heftig aufzutreten, das mag auch der Grund sein, weshalb hier so starke Symptome dieser politischen Krankheit zu sehen waren. Wir haben aber allseitig mit großer Freude vernommen, daß es bewährte Heilkünste jetzt gelungen ist, die Krankheit zu besiegen. Die Herren Ärzte sagen, daß nach Epidemien in der Regel sehr gesunde Zeiten folgen, und so wollen wir denn alle hoffen, daß in der nächsten Zeit sich ein recht gesundes politisches Leben entwickeln werde. M. H.! Es handelt sich jetzt darum, die Bundesverfassung zum Heile des Ganzen praktisch werden zu lassen dadurch, daß man sie ergänzt durch diejenigen Einrichtungen, die noch fehlen. Sie haben hier den Vorschlag gehört zur Bildung eines Vereins, dessen Thätigkeit begrenzt sein soll auf die Reform der städtischen und ländlichen Gemeindeverfassungen etc. und die Interessen der Volksbildung. Als ich von diesem Project hörte, dachte ich ganz natürlich, daß der Verein seine nächste Wirklichkeit auf die Provinz, in der wir uns befinden, zu richten habe. Wir haben daher die Zustände dieser Provinz zunächst ins Auge zu fassen und zu bedenken, daß es in dieser Provinz auch Kreise giebt, die exceptionelle Zustände darbieten und in Folge

bessern auch exceptionelle Bedürfnisse haben. Kreise, in denen der nationale Gegensoß in aller Schärfe hervortritt. Ich selbst gehöre einem solchen Kreise an und habe mich daher zu fragen, ob die Stiftung eines solchen Vereins etwa nachtheilig sein könnte. In meinem Wahlkreise Thorn Culm ist die Wahl eines deutsch-nationalen Abgeordneten nur dadurch möglich geworden, daß eine ungeheure Energie bei den Wahlen gezeigt wurde. Die Wahl eines Deutschen war nur durch allseitige Beteiligung der Wähler möglich; nur dadurch konnte es erreicht werden, daß die deutsche Partei einmütig auf dem Platze war. Es sind im Kreise Culm 93% der Wähler an der Wahlurne erschienen und im Kreise Thorn 89%. Möge uns dies ein Sporn sein, der uns zeigt, was geleistet werden kann, wenn Rücksicht vorbanden ist, und der Eifer nicht ermildert. Es ist nicht rühmend genug anzuerkennen, daß bei uns alle deutschen Parteien einig waren; es ist dies eine Haltung, die Aller Achtung erfordert. M. H. Gerade diesen Thatssachen gegenüber habe ich mir die Frage vorgelegt, ob der hier angelegte Reformverein auch eine günstige Wirkung verspreche. Sollte ich irgendwie Veranlassung zu dem Glauben haben, daß dieser Verein die Einigung der liberalen Parteien fördern könnte, ich würde, offen gestagt, mich dagegen erklären. Ich glaube aber, m. H., daß, so wie die Sache gestellt ist, wir Alle darauf eingehen können. Die Reform der Provinzial-, Kreis- und Gemeinde-Beschaffungen ist eine Frage, die nicht Eine Partei allein angeht, sondern von allen Parteien gelöst werden muß, die alle auf ihr Programm schreiben müssen, wenn sie eine Zukunft, eine Stelle in unserer Geschichte haben wollen. Ich hoffe, wir werden allseitiges Anerkenntnis finden bei Allen, die von abstrakten Ideen zwar ausgehen, aber dabei nicht stehen bleiben, sondern zu praktischen Zielen fortschreiten; ich hoffe, wir werden auch aus den andern Parteien Genossen für diesen Zweck als Beifall erhalten. Wir werden dadurch beweisen, daß es uns nicht blos um die Sache der Partei zu thun ist, sondern über diese Schranken hinaus die Verbesserung der inneren Zustände erstreben, die Alle im Auge haben müssen, die etwas Heilfames aus der Norddeutschen Bundesverfassung machen wollen. Es ist klar, daß directe Wahlrecht nützt nichts, wenn ihm nicht eine allgemeine Volksbildung zu Grunde liegt. Das Erste, was die Gegenwart von uns zu beanspruchen hat, ist, daß wir Hand anlegen, diese allgemeine Volksbildung herbeizuführen. Dies sowohl, wie die Reform der Gemeinde-, Kreis- und Provinzialverfassung läßt sich nicht mit einem Schlag herbeiführen. Aber der Anfang muß schnell gemacht werden, und, m. H., wenn wir tüchtig fortarbeiten, immer nahe liegende Ziele im Auge und die Interessen verfolgend, welche den Wählern zunächst liegen, in der Stadt, in dem Dorfe, so wird der Erfolg nicht ausbleiben. Darin besteht die Erfüllung derjenigen Aufgabe, welche die Norddeutsche Bundesverfassung uns Allen stellt; das scheint mir auch der Zweck des Vereins zu sein, den wir heute in bescheidenen Anfängen stifteten wollen, und dem wir mit allen Kräften und der ganzen Frische, welche die Zeit von uns fordert, zu dienen haben. Nehmen wir dies Statut an, nehmen wir auch namentlich den Paragraphen an, nach welchem für die nächste Zeit diese Stadt der Vorort sein soll; dazu hier ist zunächst gearbeitet worden, hier ist die Idee gefasst und in die beständige Form gebracht. Ich hoffe, daß man später im Lande dieser Stadt Dank dafür sagen wird. (Lebh. Bravo.)

Der Vorsitzende Hr. Roepell befürwortete ebenfalls die Annahme des Antrages und schlägt vor, schon heute ein Comité zu wählen, welches mit der Ausführung betraut werde.

Hr. Kirstein aus Culm befürigt, was Hr. Dr. Meyer über die Verhältnisse des Kreises Culm gefragt. In seiner Gegend habe man mit Erstaunen die Schärfe des Zwiespalts unter der liberalen Partei anderwärts wahrgenommen. Sämtliche deutschen Wähler hätten sich dort auf einen liberalen Kandidaten geeinigt. Die „N. Dr. Btg.“ sehe die Sache allerdings anders an, wie die Wähler von Thorn-Culm; sie habe gefragt: warum die Fortschrittspartei sich nicht mit den Polen vereinigt? Darauf antworte er: Der Pole bleibe stets Pole; er werde im Reichstag mit der Fortschrittspartei stimmen, wenn dies in seinem spezifischen polnischen Interesse liege, und werde mit den Conservativen stimmen, wenn dies für seine nationalen Zwecke vortheilhaft sei. Er glaube mit Bestimmtheit, daß der vorgeschlagene Reformverein, wenn er ins Leben trete, von grohem Erfolge sein werde. Man dürfe aber vor Allem, wenn wirklich etwas Bedeutendes gewirkt werden sollte, nicht nur in den Städten wirken, dort finde man immer ein zugängliches Publikum; auf dem Lande liege, wie schon bemerkte, der Schwerpunkt, dort müsse der Boden bearbeitet werden, damit er empfänglich werde für die liberalen Ideen der Neuzeit, und dies könne erreicht werden, wenn man den Leuten statt unerreichbare Ideale fassbare Dinge vorhalte, die ihnen nahe liegen, und wenn man sich in einer ihnen verständlichen Sprache und nicht in Phrasen mit ihnen unterhalte. In dieser Beziehung hätten er und seine Gesinnungsgenossen in ihrem Wahlkreise die günstigsten Erfahrungen gemacht und daher auch eine so große Beteiligung bei den Wahlen erzielt. Er hoffe, der Reformverein werde das in weiteren Kreisen thun. (Bravo.)

Hr. v. Forckenbeck schließt sich in Bezug auf die geschäftliche Behandlung des Antrages zwar dem Vorschlage des Hr. Vorsitzenden an, daß ein Comité gewählt werde, er stelle jedoch an die Versammlung das Erfuchen, den Verein nicht heute schon definitiv und fix und fertig zu konstituieren. Alle liberalen Parteien müßten an dem gemeinsamen Werke Theil nehmen. Man solle sich heute damit begnügen zu beschließen, daß der Verein gegründet werde, es möge ein Gründungscomitie gewählt werden, das sich cooptiren könne und demnächst eine Generalversammlung sämtlicher Liberalen berufen, in welcher das definitive Comitie ernannt und die definitive Konstituierung ausgesprochen werde. Wenn die Fortschrittspartei sich dazu verstellen wolle, an dem Werke Theil zu nehmen, könne man dies nur mit Freude begrüßen. Es handle sich bei dieser Sache nicht um eine Demonstration, sondern um schwierige jahrelang andauernde Arbeiten. (Lauter Bravo!)

Der Hr. Vorsitzende schlägt, hiermit einverstanden, vor: den Ritterlichen Entwurf als provisorisches Statut en bloc anzunehmen, für heute ein Gründungscomitie zu ernennen, welches die Sache so viel wie möglich fördern soll und die definitive Konstituierung einer späteren Generalversammlung vorzubehalten. Bei der darauf folgenden Abstimmung wird dieser Vorschlag fast einstimmig angenommen und in das Gründungscomitie gewählt die Herren: Rechtsanwalt v. Forckenbeck (Ülbing), Justizrat Dr. Meyer (Thorn), Kaufm. Kirstein (Culm), Commerzienrat Stephan (Königsberg), Rittergutsbesitzer Meyer (Rottmannsdorf), Rechtsanwalt Roepell, Rechtsanwalt Liple, Bank-Director Schottler und Redakteur Rickert aus Danzig.

6. Congress der volkswirtschaftlichen Gesellschaft für Ost- und Westpreußen.

Unserem Bericht über die Verhandlungen des Congresses v. 2. Aug. (s. No. 4366) folgen wir in Nachstehendem folgenden ausführlichen Bericht über die Diskussion in Betreff der Zolltarif- und Eisenbahnenfrage hinzu:

Erster Gegenstand der T.-O.: Die Vereinfachung des Zolltarifs. Die Debatte wurde von Hrn. Grieben durch einen Bericht folgenden Inhalts eingeleitet: Die bevorstehende Neorganisation der Zollverein-Verfassung sei für die nächsten Jahrzehnte der deutschen Entwicklung von größerer Wichtigkeit, als selbst die Constitution des Norddeutschen Bundes; von der parlamentarischen Verfassung des Zollvereins lasse sich eine ungleich größere Wirkung auf die Consolidirung der politischen Verhältnisse Deutschlands erwarten, als vom Zollverein in seiner bisherigen Gestalt, in welcher derselbe doch immerhin das einzige Bindemittel der verschiedensten Bevölkerungsgruppen des außerösterreichischen Gebietes Deutschlands gebildet habe. Wenn bisher jedes Stimmberedtigte Glied des Zollvereins eine volle Stimme oder ganz unabhängig von seiner Bedeutung und Größe das gleiche Stimmengewicht, wie jedes andere, habe und überdies, da zu allen Reichsfesten Einstimmigkeit erforderlich war, durch Verfassung seiner Zustimmung einen jeden Beschluss vereinbart konnte, so bringe jetzt das neue Zollparlament hervorgehend aus allgemeinen und direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung, eine ganz gleichmäßige Vertretung der Zollvereins-Bewohner und werde bei einer Abstimmung nach absoluter Stimmen-Mehrheit ein legislativer, und zwar vollständig gleichberechtigter Factor neben dem Bundesrathe sein; ebenso trete auch an die Stelle des früheren ganz falschen Abstimmungs-Verhältnisses im Bundesrathe ein mehr der Bedeutung der vertretenen Staaten entsprechendes, welches, da auch an dieser Stelle die Majorität siedern werde. Unter der alten Zollvereins-Verfassung habe bis zur Vereinbarung des französischen Handelsvertrages die ungleicheVerteilung der Stimmen im Bundesrathe durch den Widerstand der schuldhörnerischen Elemente eine vollständige Stagnation in der Ausbildung des Zollvereins-Tarifs hervorgerufen, so daß der letztere, welcher ursprünglich nach den Rückständen des reinen Finanz-Zoll-Systems angelegt gewesen sei, sich im Laufe der Zeit in einen Schutz-Zoll-Tarif umgewandelt habe, da die von ihm betroffenen Artikel nicht ihre Preis höhe beibehielten. Die Folge davon sei gewesen, daß, obwohl der allgemeine Wohlstand in den Zollvereinstaaten in raschem Machtklima begriffen war, die Einnahmen des Zollvereins nicht mit demselben gleichen Schritt gehalten hätten, dies sei ersichtlich aus der Berechnung der Zollabgaben pro Kopf der Bevölkerung, welche im Jahre 1837 22 Mill. R. bringt, aber wegen Überlastung des Verbrauchs nicht wächst, ist finanziell schlechter als eine andere, die zur Zeit 20% weniger einträgt, aber in Folge der ungehinderten freien Entwicklung des Verbrauchs in den nächsten 10 Jahren um 40% und mehr natürlich wächst. (Die Beweise giebt England.)

Der jetzige Zolltarif brachte 1866 an Eingangs zöllen ca. 21 Mill. R., vereinfacht man ihn nach den Grundzügen des englischen Tarifs in den Artikeln, so würde er noch ca. 15 Mill. R. bringen und für den Fortfall der 6 Mill. würden beim Verbleiben von ca. 21 Artikeln sehr viele, die Unerheblichkeit bringen und doch mit großen Nachtheilen begleitet sind, fallen, z. B. die Eisenzölle, die Zölle für Halbfabrikate und Fabrikmaterialien (die alte Schutzzölle sind), die Zölle auf Nahrungsmittel (Reis, Fleisch, Blei).

Die fehlenden 6 Mill. R. können ihre Ordnung für den Staatshaushalt finden, wenn man die Zuckersteuer sowohl ermäßigt, als rationeller behandelt, reformiert man solche, die jetzt ca. 38% ad valorem beträgt und einen Verbrauch von ca. 11 Mill. R. Kopf der Zollvereinsbevölkerung darthut, würde man den Zuckerverbrauch bedeutend vermehren; in England kommen jetzt 41 Mill. auf den Kopf der Bevölkerung; es ist wohl anzunehmen, daß eine richtige Reduction im Zollverein den Verbrauch von Zucker so erhöhen kann, daß die Zoll-Intraden dabei um 2-3 Mill. wächst.

Die Verminderung des Zölles auf Kaffee, der jetzt ca. 23% ad valorem beträgt (6 Mill. R. Kopf der Zollvereinsbevölkerung), wird auch den Kaffeeverbrauch vermehren und die Intraden fügern.

Will man nicht zugeben, daß man das weitere Mano an den zu streichenden 6 Mill. in der indirekt eintretenden Gesamtentlastung des Verbrauchs u. s. w. finden kann; kann der Finanzminister nachweisen, daß er diesen Ausfall durchaus zur Zeit nicht entbehren kann, dann dürfte man, in Erwägung,

daher ein so großer Vorteil, wie ihn das Streichen der Artikel, die jetzt jene 6 Mill. bringen, unter Reduction der Zollartikel auf ca. 21 Positionen, unter Reform der Zucker- und Kaffeezölle, der Volkswirtschaft bringt,

zur Zeit mit einer rationellen Reform resp. mäßigen Erhöhung der Tabaksteuer erkauft werden könnte. Für eine Reform der Tabaksteuer spricht überdies, daß sie jetzt die Natur eines Schutzzölles sowohl bei dem inländischen Tabakshalte, als bei der inländischen Tabakfabrikation und namentlich bei der inländischen Cigaretten-Fabrikation hat.

Die Frage bei der Tabaksteuerreform ist, welche größeren Vortheile dem ganzen Volkshabheite bei einer Reform resp. Erhöhung der Tabaksteuer erwartet werden können. Für eine Reform der Tabaksteuer spricht überdies, daß sie jetzt die Natur eines Schutzzölles sowohl bei dem inländischen Tabakshalte, als bei der inländischen Tabakfabrikation und namentlich bei der inländischen Cigaretten-Fabrikation hat.

Möglich ist ein solches Verfahren, ein sehr günstiger Handel mit dem Finanzminister; er kann, wie gesagt, nur geschlossen werden, wenn seine Hand mehr, wenn auch theilweise indirekt, hingibt, als die unsrige. Ich beantwortete deshalb die Tabaksteuerfrage oben dahin: Dieselbe kann nur in Verbindung mit einer wesentlich erleichterten Reform unseres gesamten Zollsysteems in die Hand gegeben werden.

Hr. v. d. Heydt soll zu einer Deputation aus Altona künftig gesagt haben, er denke den Zolltarif auf 5-6 Artikel zu vereinfachen;

so energisch und so bald wird er wohl nicht eine solche Reform annehmen, ich bin, wie gesagt, zufrieden, wenn wir bis auf die 21 englischen Positionen heruntergehen, d. h. zur Zeit noch die Eingangs-

zölle beibehalten.

Nachdem über die Zuckersteuer ein Austausch einiger Ansichten unter den Hh. Büttner, Stephan, Schottler, Rosenstein, Rickert und Roepell stattgefunden, wurde die Debatte über den Zolltarif geschlossen. Von einer Resolution nahm man Abstand, da keine 8% der Mitglieder der Gesellschaft zum Congres anwesend waren.

Zweiter Gegenstand: Die Eisenbahnbauten in der Provinz Preußen. Referent A. Samter aus Königsberg constatiert die traurige Thatssache, daß unser Provinz in der Entwicklung ihrer Eisenbahnen ganz außerordentlich zurückgeblieben. Nach dem Ausweise über das preuß. Eisenbahnen hatte die Provinz Preußen Ende 1865 auf der □ R. 07, die Rheinprovinz 0.33, der preuß. Staat 0.17, die nach uns ungünstige Provinz Posen 0.11 Meilen Eisenbahn. Dies ungünstige Resultat ändert sich nicht, wenn man statt des Flächenraumes die Bevölkerungszahl zum Maßstab nimmt, die Provinz Preußen hatte auf 100.000 Einw. 2.56, Westfalen 6.27, der preuß. Staat 4.38, die Provinz Posen 2.68 Meilen Eisenbahn. Diese ungünstigen Verhältnisse haben sich seitdem nicht geändert. Während in den anderen Provinzen die umfassendsten Bauten vorgenommen, haben wir nur die kurze Strecke von Königsberg-Wartenstein, Danzig-Neufahrwasser mehr erhalten. Der Abschluß vor 1866/67 wird noch viel ungünstiger ausfallen. Es ist höchste Zeit, daß wir uns ernstlich röhren. Bei Besprechung der Eisenbahnangelegenheit muß man 2 Fragen beantworten: was sollen wir bauen, wie sollen wir bauen? Wir haben 85 Meilen Eisenbahnen, deren Richtung von Westen nach Osten geht, mit einzelnen Abzweigungen von Norden nach Süden. Durch den Eisenbahnbau soll der Verkehr nicht konzentriert, sondern decentralisiert werden; der unvermeidlichen Concentration des Verkehrs muß durch Bildung lokaler Centren ein Gegengewicht geschaffen werden, es genügt daher nicht, eine Hauptader zu haben, mit der einzelnen Orte verknüpft sind, sondern es muß ein Eisenbahnnetz hergestellt werden, welches den Verkehr nach allen Richtungen vermittelt. Um dieses herzustellen, schlägt Referent eine Linie von Insterburg nach Thorn, oder auch nach Terespol vor, ferner, um einerseits Danzig, andererseits Königsberg mit Warschau zu verbinden, eine Linie von Marienburg nach Osterode und von Altenstein nach Neidenburg, drittens die Linie

hr. R. A. Roepell: Unser Programm stellt bei der Frage über die Vereinfachung des Zolltarifs folgende Thesen zur Entscheidung: 1) G. bilden und gestalten das volkswirtschaftliche und das finanzielle Interesse; a. eine durchgreifende Beseitigung des Schutzsystems wie Vereinfachung des Zolltarifs, und welche? b. eine Herabsetzung der Zölle einzelner, noch nicht im finanziellen Interesse ganz zu beseitender Artikel? c. eine Erhöhung der Tabaksteuer? 2) Darf überhaupt die Tabaksteuerfrage nur in Verbindung mit einer durchgreifenden und erleichternden Reform unseres gesamten Zollsysteams in die Hand genommen werden? — Jeder Freihändler wird nicht anstreben, die Fragen 1. a. b. und 2) zu bejahen, aber bei 1) c. nur unter gewissen Reservationen se ne Zustimmung aussprechen können. Unter Blatt zum 3. Congress vom Jahre 1864 haben jenen Standpunkt schon eingenommen und über entwickelt; wir haben uns stets in Übereinstimmung befinden mit den Ansichten und Resolutionen der allgemeinen deutschen volkswirtschaftlichen Congressse, die seit dem Jahre 1858 die 3 Hauptfälle: 1) Möglichste Vereinfachung des Tarifs und Aufhebung aller finanziell unerheblichen Zölle, 2) Beseitigung resp. Erhöhung der Schutzzölle, welche durch das wirtschaftliche Bedürfnis der Gegenwart als unvereinbar mit einer gesunden industriellen Entwicklung anerkannt sind, 3) Sicherung einer Zoll-Einführung, die der jetzige nicht nachsteht, aber nicht höher als nötig ist; und diesen Punkten stets im Interesse der seit 2 Jahren durch die Einführung des Zolls für Roheisen und Erhöhung der Zölle für anderes Eisen trotz der geringen im französisch-deutschen Handelsverträge später gegebenen Erhöhungen schwer bedrückten Ostseeprovinzen eine Beseitigung der Eisenzölle auf unsere Bahnen geschrieben.

Diese Punkte sind noch immer festzuhalten, und ist ihre Erledigung auch durchführbar.

Das deutsche Zoll- und Steuersystem macht es so notwendig wie möglich, durch Beseitigung des Schutzsystems und Zurückführung des mit unerträglichen und schädlichen Positionen überladenen Zolltarifs auf eine geringe Anzahl mäßiger und dadurch erträglicherer, lediglich nach finanziellen Rücksichten ausgewählter Positionen, große Lasten den Consumenten ohne erheblichen Nachteil für den ganz in Volkshaushalt abzunehmen. Jede Einführung der Zölle für die Eisenzölle, die G. für die Eisenzölle, die Zölle für Halbfabrikate und Fabrikmaterialien (die alte Schutzzölle sind), die Zölle auf Nahrungsmittel (Reis, Fleisch, Blei).

Zollabgaben dagegen bilden im Verhältniß zu ihrem Extrage die mehrfache Belastung gegenüber anderen Zöllen, die nicht den Charakter des Zollschutzes haben. Eine Verbrauchsabgabe, die beispielweise 4 Mill. R. bringt, aber wegen Überlastung des Verbrauchs nicht wächst, ist finanziell schlechter als eine andere, die zur Zeit 20% weniger einträgt, aber in Folge der ungehinderten freien Entwicklung des Verbrauchs in den nächsten 10 Jahren um 40% und mehr natürlich wächst. (Die Beweise giebt England.)

Der jetzige Zolltarif brachte 1866 an Eingangs zöllen ca. 21 Mill. R., vereinfacht man ihn nach den Grundzügen des englischen Tarifs in den Artikeln, so würde er noch ca. 15 Mill. R. bringen und für den Fortfall der 6 Mill. würden beim Verbleiben von ca. 21 Artikeln sehr viele, die Unerheblichkeit bringen und doch mit großen Nachtheilen begleitet sind, fallen, z. B. die Eisenzölle, die Zölle für Halbfabrikate und Fabrikmaterialien (die alte Schutzzölle sind), die Zölle auf Nahrungsmittel (Reis, Fleisch, Blei).

Die fehlenden 6 Mill. R. können ihre Ordnung für den Staatshaushalt finden, wenn man die Zuckersteuer sowohl ermäßigt, als rationeller behandelt, reformiert man solche, die jetzt ca. 38% ad valorem beträgt und einen Verbrauch von ca. 11 Mill. R. Kopf der Zollvereinsbevölkerung darthut, würde man den Zuckerverbrauch bedeutend vermehren; in England kommen jetzt 41 Mill. auf den Kopf der Bevölkerung; es ist wohl anzunehmen, daß eine richtige Reduction im Zollverein den Verbrauch von Zucker so erhöhen kann, daß die Zoll-Intraden dabei um 2-3 Mill. wächst. Die Verminderung des Zölles auf Kaffee, der jetzt ca. 23% ad valorem beträgt (6 Mill. R. Kopf der Zollvereinsbevölkerung), wird auch den Kaffeeverbrauch vermehren und die Intraden fügern.

Will man nicht zugeben, daß man das weitere Mano an den zu streichenden 6 Mill. in der indirekt eintretenden Gesamtentlastung des Verbrauchs u. s. w. finden kann; kann der Finanzminister nachweisen, daß er diesen Ausfall durchaus zur Zeit nicht entbehren kann, dann dürfte man, in Erwägung,

daher ein so großer Vorteil, wie ihn das Streichen der Artikel, die jetzt jene 6 Mill. bringen, unter Reduction der Zollartikel auf ca. 21 Positionen, unter Reform der Zucker- und Kaffeezölle, der Volkswirtschaft bringt,

zur Zeit mit einer rationellen Reform resp. mäßigen Erhöhung der Tabaksteuer erkauft werden könnte. Für eine Reform der Tabaksteuer spricht überdies, daß sie jetzt die Natur eines Schutzzölles sowohl bei dem inländischen Tabakshalte, als bei der inländischen Tabakfabrikation und namentlich bei der inländischen Cigaretten-Fabrikation hat.

Die Frage bei der Tabaksteuerreform ist, welche größeren Vortheile dem ganzen Volkshabheite bei einer Reform resp. Erhöhung der Tabaksteuer erwartet werden können. Für eine Reform der Tabaksteuer spricht überdies, daß sie jetzt die Natur eines Schutzzölles sowohl bei dem inländischen Tabakshalte, als bei der inländischen Tabakfabrikation und namentlich bei der inländischen Cigaretten-Fabrikation hat.

Möglich ist ein solches Verfahren, ein sehr günstiger Handel mit dem Finanzminister; er kann, wie gesagt, nur geschlossen werden, wenn seine Hand mehr, wenn auch theilweise indirekt, hingibt, als die unsrige. Ich beantwortete deshalb die Tabaksteuerfrage oben dahin: Dieselbe kann nur in Verbindung mit einer wesentlich erleichterten Reform unseres gesamten Zollsysteems in die Hand gegeben werden.

Hr. v. d. Heydt soll zu einer Deputation aus Altona künftig gesagt haben, er denke den Zolltarif auf 5-6 Artikel zu vereinfachen;

so energisch und so bald wird er wohl nicht eine solche Reform annehmen, ich bin, wie gesagt, zufrieden, wenn wir bis auf die 21 englischen Positionen heruntergehen, d. h. zur Zeit noch die Eingangs-

zölle beibehalten.

von Memel nach Elsifit. Diese Bahnen, die etwa 70 Meilen betragen und 25 Mill. R. kostet würden, sind das Wenigste, was wir zu fordern haben. Wir würden durch sie noch immer nicht mit den besser gestellten, sondern nur mit den ungünstigeren gestellten Provinzen des Staates auf eine Stufe gestellt. In Bezug darauf, wie wir zu den Bahnen gelangen sollen, bemerkt Referent, daß der natürliche Weg wäre, wenn das Privatkapital die Bahnen baut, hierzu aber keine Aussicht vorhanden. Der zweite Weg wäre, daß der Staat sie baute. Referent erklärt, kein Gegner von Staats-eisenbahnen zu sein, und würde in erster Linie für sie plädieren. Doch da es sich hier nur darum handelt, die Bedürfnisse der Provinz zu erörtern, die Mittel und Wege anzugeben, wie sie zu beurteilen, so hält er es für überflüssig, dergleichen Prinzipienfragen zu erörtern. Auch der entgegengesetzte Gegner der Staats-eisenbahnen würde sich zufrieden geben, wenn der Staat, falls das Privatkapital die Bahnen nicht baut, dies thut. Ein dritter Weg wäre, wenn der Staat sich bildenden Privatgesellschaften durch Zinsgarantie zu Hilfe läme. Hiermit würde unserer Provinz nur ihr Recht werden. Der Staat bezicht aus der Ostbahn 7%, ohne den Privatbahnen der Provinz irgend welche Zinsgarantie zu gewähren, während der Zuschuß in Pommern 800,000 R. jährlich beträgt. Schließlich wies er auf die Möglichkeit der Mitwirkung der Kreise und Städte hin, welche zwar nicht die Bahnen selbst bauen, wohl aber den Privatgesellschaften redenswerthe Unterstützung gewähren könnten.

Welche Wege aber auch eingeschlagen werden sollten, um der Provinz die Bahnen, die sie braucht, zu verschaffen, gefunden müssen sie werden; es ist an den Staat und die Kreise die Auflösung zu richten, daß sie Alles, was in ihren Kräften steht, thun, um der Provinz zu den erforderlichen Eisenbahnen zu verhelfen. Eine bestimmte Resolution unterliegt er im Hinblick auf die Gründe, die Dr. Ritter bei dem ersten Gegenstande der Tagesordnung entwickelt hatte, zu stellen, sprach aber die Erwartung aus, daß die Beisprechung dieser Angelegenheit dazu beitragen wird, daß einem der dringendsten Bedürfnisse unserer Provinz baldige und nachhaltige Befriedigung verschafft werde.

Dr. Löffler (Thorn) stellte den Antrag: „Der Vorstand wird ersucht, in einer Denkschrift eventl. in Flugblättern die Verhandlung der Provinz in Bezug auf den Eisenbahnbau und die Mittel zur Hilfe leuchtend zu lassen, wobei die wichtigsten im Interesse der Provinz und des allgemeinen Verkehrs erforderlichen Einsten in Erwägung zu ziehen und insbesondere zu erörtern: a. in wie weit der Staat vom wirtschaftlichen Standpunkte aus verpflichtet erscheint, den Eisenbahnbau in unserer Provinz mehr als bisher zu subventioniren; b. in wie weit und nach welchen Grundsätzen die Selbsthilfe der beheimateten Adressaten einzutreten habe und wie diese wachzurufen sei.“

Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Aktion-Gesellschaft. Directe Post-Dampfschiffahrt zwischen

Hamburg und New-York

eventuell Southampton anlaufend, vermittelst der Post-Dampfschiffe
Germania, Capt. Schwenzen, am 17. Aug., Teutonia*, Capt. Bardua, am 7. Septbr.,
Alemannia, Capt. Meyer, am 24. Aug., Hammonia, Capt. Ehlers, am 14. Septbr.,
Cimbria, Capt. Trautmann, am 31. Aug.,

Die mit * bezeichneten Dampfschiffe laufen Southampton nicht an.
Passagepreise: Erste Cajute Pr. Crt. R. 165, zweite Cajute Pr. Crt. R. 115
Zwischendienst Pr. Crt. R. 60.

Fracht z. 2. 10. pro ton von 40 hamb. Cubitfuß mit 15 pCt. Primage.
Briefporto von Hamburg 4½ Sgr., vom Inlande 6½ Sgr. Briefe zu bezeichnen „per Ham-
burger Dampfer;“

und zwischen Hamburg und New-Orleans, eventuell Southampton anlaufend,
Bavaria, Capt. Meyer, am 1. October, Teutonia, Capt. Bardua, am 1. November.
Passagepreise: Erste Cajute Pr. Crt. R. 200, zweite Cajute Pr. Crt. R. 150, Zwischendienst
Pr. Crt. R. 60.

Fracht £ 3. — pr. ton von 40 hamb. Cubitfuß mit 15 % Primage.
Näheres bei dem Schiffsmässler August Bolten, Wm. Müller's Nachfolger, Hamburg,
so wie bei dem für Preußen zur Schlüssung der Verträge für vorstehende Schiffe allein con-
cessionirten General-Agenten H. C. Platzmann in Berlin, Louisestraße 2. (1080)

Die Baugewerkschule zu Höxter a. d. Weser

beginnt ihren Winter-Curriculum am 4. November und den Vorunterricht den 15. October d. J. An-
meldungen der Schüler unter Beifügung der Schulzeugnisse sind frankirt einzusenden.

Zur Abnahme der Meisterprüfung für Bauhandwerker befindet sich eine Königl.
Prüfungs-Commission am Orte.

In dem Concurrenz über das Vermögen des Kaufmanns Casper Läserstein zu Mewe werden alle diejenigen, welche an die Massie Ansprüche als Concursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum 15. October er. einschließlich bei uns, schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnächst zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gesuchten Frist angemeldeten Forderungen, so wie nach Beenden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals, auf

den 31. October cr.,

Nachmittags 4 Uhr,

vor dem Commissar Herrn Kreis-Gerichts-Rath Rohde im Verhandlungszimmer No. 7 des Gerichtsgebäudes zu erscheinen. Nach Ablaufung dieses Termins wird geeignetenfalls mit der Verhandlung über den Accord verfahren werden.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am bieigen Dreieckshausen, oder zur Praxis bei uns bezeichneten Bevollmächtigten bestellen und zu den Acten anzeigen. Wer dies unterläßt, kann einen Beschluß aus dem Grunde, weil er dazu nicht vorgeladen worden, nicht ansetzen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekannt-
schaft fehlt, werden die Rechtsanwälte Baumann,
Lewald hier und Graeber in Mewe, der Ge-
heime Justiz-Rath Schmidt und die Justiz-Räthe
Kranz und Wagner hier zu Sachwaltern vor-
geschlagen. (4731)

Marienwerder, den 4. August 1867.
Königl. Kreis-Gericht.

1. Abtheilung.

Der Commissar des Concurses.

Mein aufs reichhaltigste assortiertes Lager
Papier - Tapeten
von den billigsten bis zu den elegantesten;
Sophia - Tapete und Tapetzeuge,
Gang- und Treppen-Läufer, Vorleger,
Coessmatten, Wachstücher &c. empfehle
bei reeller Bedienung. (4796)

Carl Heydemann,
Langgasse No. 53, Ecke der Beutlergasse.

Der Antrag wurde wie folgt begründet: Unsere Provinz sei in Bezug auf den Eisenbahnbau, das lasse sich nicht leugnen, zurückgesetzt, und habe gerechten Anspruch auf Berücksichtigung. Ihre Lage sei bekannt, sie entbehre des Hinterlandes, Rußland, mit dem in lebhaftem Verkehr zu stehen, sie von Natur angewiesen, sei durch eine chinesische Mauer von ihr getrennt, der Handel wesentlich nur Exporthandel, die Landwirtschaft leide unter dem Mangel an guten Communicationswegen, vor allen Dingen an Eisenbahnen, deren Mangel sich noch nie so geltend gemacht habe, als in diesem Jahre, wo die grundlosen Wege, ja in einzelnen Gegenden sogar die für Bastei fast unfahrbaren Chausseen den Verkehr gehemmt hätten. Es sei ferner zu berücksichtigen, daß unsere Provinz für den Zollverein nicht unweichtliche Opfer bringe, man denke nur an die Eisengießerei, dazu komme endlich, daß die sog. Grundsteuerabgleichung unsere Provinz hart betroffen, das Mehr an Grundsteuer repräsentiere ein Capital von ca. 14 Millionen, um das die Provinz ärmer geworden sei; alle diese Momente lassen eine Ausgleichung nothwendig erscheinen, der Staat, der für die westlichen Provinzen viel gethan, viele Garantien übernommen, müsse uns endlich helfen, dies Verlangen sei bei der geschilderten Situation auch wirtschaftlich durchaus gerechtfertigt. Der Herr Handelsminister scheine dies auch anzuerkennen; man werde dem Bedürfnis wenigstens zum Theil abhelfen, wenn der Staat, wie es scheine, eine Bahn durch die Provinz zur Abkürzung der Ostbahn bause, sei es Thorn-Ziesterburg, sei es Graudenz-Ziesterburg, sei es Schwerin-Ziesterburg, auf die einzelnen Linien wolle Redner nicht eingehen, um nicht die Debatte auf lokale Interessen zu leiten, so viel stehe aber fest, daß eine Linie von Ziesterburg herunter auf die Weichsel, und eine quer durch (etwa Maurenburg-Mława) vor Allem nothwendig seien. Für das Prinzip der Staatsbahnen als das beste könne sich der Congress füglich nicht aussprechen, wiewohl andererseits, wenn der Staat zunächst durch eine Staatsbahn nur helfen wolle, man dies acceptiren müsse, und aus den angegebenen Gründen auch volkswirtschaftlich sich dagegen nichts sagen lasse, da wir in unserem Staatsleben nicht durchweg auf dem Standpunkte der Selbsthilfe und freien Concurrenz stehen. Gegen die Zinsgarantien lasse sich wirtschaftlich viel sagen, nichts dagegen gegen die Subventionen in Gestalt von Prämiens, nur müßten weit höhere gewährt werden, als z. B. bei der östl. Südbahn, auch sei dies für den Staat durchaus kein schlechtes Geschäft, denn wenn er fruchtbare Gegenden dem Verkehr erschließe, so erhöhe er die Steuerkraft derselben ganz bedeutend. Also vor allen Dingen: der Staat müsse helfen, das sei eine wirtschaftlich gerechtfertigte Forderung, und zwar möge er dies than auf die wirtschaftlich rationellste Weise. Uns ganz der Selbsthilfe überlassen, nachdem für andere Gegenden so viel geschehen, sei ungerecht. Der Congress möge diese für Handel und Landwirtschaft hochwichtige Frage in der Hand behalten, unsere Situation durch eine Denkschrift oder Flugblätter besprechen lassen und das Interesse der Bewohner der Provinz rege machen. Beider

bedürfe es dessen noch sehr. Der einzelne Landbesitzer frage häufig, wie weit der Bahnhof von seiner Besitzung ab zu liegen kommt, und wenn es ein paar Meilen seien, so wolle er nichts für die Sache thun. Das sei wirtschaftlich verkehrt, jeder Einzelne müsse die Anschauung aufstellen, nach welchen Richtungen hin seine Wirtschaft mehr nutzbar gemacht werden könnte, wenn seine Gegend überhaupt eine Bahn erhalten. Es sei für den Besitzer nicht gleichgültig, ob seine nächste Stadt ein bedeutenderer Verkehrsplatz werde oder nicht, ob dieser Punkt mit Gegenden näher verbunden werde, die ihm Industrie-Erzeugnisse liefern, die seine Wirtschaft förderten oder gar die Betreibung von Industriezweigen ihm ermöglichen; man möge nur denken an die schlesischen Kohlen, Kattowitz. Das Alles müsse der Besitzer veranschlagen, und danach seine Bereitwilligkeit zu Opfern für die Sache bemessen, und wie die Privaten, so auch die Communen, Kreise und Städte. Die Selbsthilfe müsse man mehr wachlassen, der Staat allein kann uns nicht helfen, wir müssen auch selbst eintreten; also Staatshilfe und Selbsthilfe vereinigt können uns nur zum Ziele führen. (Redner empfiehlt seinen Antrag.)

Die H. Schottler, Kirstein (Culm), Stephan (Königsberg), Büttner (Elbing), Samter (Königsberg), unterstützen den Löfflerschen Antrag.

Dr. Roepellthat dasselbe, bekämpfte aber die von den meisten Rednern ausgesprochene Ansicht, daß der Staat verpflichtet sei Eisenbahnen zu bauen, resp. zu subventioniren durch Garantien oder andere Beihilfe. Die Anwendung dieser Prinzipien habe das Capital verschoben, den Adjacenten von Eisenbahnen ungerechtfertigte Unterförderung aus allgemeinen Staatsmitteln zugeführt, den Unternehmungsgeist getötet und die freie Concurrenz gelähmt.

Da aber die Staatsregierung durch ihre frühere Eisenbahnpolitik und durch das Eisenbahngesetz von 1838 den ganzen Eisenbahnbau in eine so verschobene Lage gebracht, so ist es nothwendig, eine Übergangsperiode bis zur regelmäßigen Anwendung gesunder Prinzipien zu bilden und während solcher in den Fällen, wo das allgemeine Staatsinteress eine Beihilfe rechtfertigt, staatlicher Seits den Eisenbahnbau zu unterstützen.

Zur Erweiterung der freien Concurrenz werden die Artikel 41—47 der Verfassung des Norddeutschen Bundes dienen.

Unter den Formen staatlicher Beihilfe kann man eine neuere, wie sie in Holland kürzlich in Anwendung gebracht worden ist, ins Auge fassen. In Holland macht man nämlich jetzt den Versuch: daß der Staat den sog. Überbau und die Bahnhöfe herstellt und die Anschaffung der Betriebsmittel und die Ausbreitung einer Privat-Gesellschaft gegen eine Pacht überläßt. Beim Schluss der Debatte wurde der obige Löfflersche Antrag einstimmig angenommen.

Berantwortlicher Redakteur: H. Ritter in Danzig.

Vortheilhaftes Anerbieten.

In Warschau, Hauptstadt des Königreichs Polen, mit einer Bevölkerung von 260,000 Seelen, ist ein im schönsten Stadttheile (Allée de Belvedere) gelegenes Garten-Etablissement, wo die Königlich Preußische Musik-Capelle, unter Direction des Herrn Director Vilse, während ihres mehrmaligen Aufenthalts musikalische Aufführungen mit dem größten Erfolg producire, zu verkaufen oder zu verpachten.

Genanntes Etablissement, bekannt unter dem Namen „Schweizerthal“, besteht aus einem massiv gebauten, mehrere Stockwerke hohen Wohnhaus mit einem großen Salon, circa 1500 Personen fassend, geräumigem Nebensalon zur Einrichtung des Buffets nebst Küche, 6 Wohnungen, Keller zu 200 Fah. Eissteller und vieler anderen wirtschaftlichen Einrichtungen.

Im Garten, dessen Gründfläche 60,000 Ellen Berliner Maß einnimmt, befindet sich eine Estrade fürs Orchester, Altanen, Tische mit completer Einrichtung, wie dies in ähnlichen Etablissements erforderlich.

Haus und Garten sind mit Gas beleuchtet. Das Schweizerthal besteht in Warschau ohne jede Concurrenz, und verspricht einem gewandten Unternehmer, sei es im Pacht- oder Kaufwege, die besten Resultate.

Während der musikalischen Aufführungen des Herrn Director Vilse erfreute sich das Schweizerthal eines täglichen Zuspruches von 4—5000 Personen, und war das Entrée bei gewöhnlichen Concerten 7½ Sgr., bei Symphonie-Aufführungen dagegen 10 Sgr. pro Person, folglich ein viel höheres, als dies im Auslande der Fall ist.

Der gegenwärtige Besitzer des Schweizerthals wäre bereit, ernsten Pacht-Reflectanten von Fach mit allen möglichen Erleichterungen entgegen zu kommen, um dieses in so schöner Lage befindliche Etablissement auf jenen Punkt der Eleganz zu bringen, wie dies im Auslande der Fall, wo die Concurrenz verhältnismäßig eine viel stärkere ist. — Mit Antritt des kommenden Frühjahrs beabsichtigt der Eigentümer des Schweizerthals den ganzen Garten einer gründlichen Aenderung zu unterwerfen, und alle erforderlichen Verschönerungen und Verbesserungen zu bewerkstelligen. Beufs näherer Mittheilung und Einsichtnahme des Situationsplanes wollen sich ernste Reflectanten franco an das Handlungshaus von Hermann Kleinadel & Comp. in Warschau wenden.

(4778)

Nothwendiger Verkauf. Königl. Stadt- und Kreis-Gericht zu Danzig,

den 20. April 1867.

Das den Erben des Tischlermeisters Carl Heinrich Robert Giesbrecht gehörige, in Danzig belegene Grundstück, welches die Hypotheken-Bezeichnung 3. Damm Nr. 9 und die Servis-Bezeichnungen 3. Damm 2, Hälergasse Nr. 4, 7, 8, zweite Priestergasse Nr. 5 führt, und das auch diesen Erben gehörige dem gedachten Grundstück im Hypothekbuch als Pertinenz zu geschrieben in Danzig in der Hälergasse sub Nr. 23 des Hypothekbuchs und Servis No. 6 belegene Grundstück, beide Grundstücke zusammen abgeschloß auf 14,815 R. 3 Sgr. 7 A., zu folge der nebst Hypotheken in der Registratur V eingetragenen gerichtlichen Tage, sollen am

21. December 1867,

von Vormittags 11½ Uhr ab, an ordentlicher Gerichtsstelle zum Zwecke der Auseinandersetzung der Alleigentümer subhauft werden.

Alle unbekannten Realpräidenten werden aufgeboten, sich bei Vermeidung der Präclusion spätestens in diesem Termine zu melden.

Frau Therese Gronau's Pensions- und Erziehungs-Institut für Töchter mos. Glaubens in Berlin, Neue Königsstr. No. 67.

Die seit vielen Jahren bestehende Anstalt, deren Auf ihr Zöglinge aus dem Auslande und den verschiedensten Staaten Deutschlands zuführt, ist in steigender Blüthe, so daß sie sich wiederum an Räumlichkeiten und Lehrkräften vergrößern muß.

Bei dieser Gelegenheit finden noch Zöglinge jeden Alters zu October Aufnahme. — Unterricht in allen Wissenschaften, Sprachen, Musik &c. von den bedeutendsten Lehrkräften der Residenz. — Häuslichkeit streng jüdischer Ritus. — Honorar-mäßig. — Empfehlungen von Rabbinen, Padagogiken und bekannten Familien. (4688)

Für Danzig geben gern gütige Auskunft Herren Hermann Weinberg & Co.

Holländ. Dachpfannen ex Schir

offerirt zu billigsten Preisen (4804)

Richard Meyer,
Poggenpohl No. 11.

Nicht zu übersehen!

Das rühmlich bekannte Kunst-Cabinet von Böhle ist der geehrten Bewohnern Danzigs und Umgegend, täglich von 8 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends, zur geneigten Ansicht gestellt.

Bitte auf die Firma zu achten.

Siegeszug der preussischen Armee in Böhmen und am Main, bis zum festlichen Einzug in Berlin.

Erste große Präsentenausstellung von Böhle.

(4835)

Der Unterraum des „Nothen-Kreuz“-Speichers, Milchfannengasse, durchgebend nach der Judengasse, ist billig zu vermieten. Näheres unter No. 4791 in der Expedition dieser Zeitung.

3 Stückfasser v. Weinsprit s. billig zu verkaufen
3 Pfesserstadt No. 65. (4800)

Pfesserstadt No. 44 wird Wäsche rein und sauber gewaschen. (4782)

